Preis 10 Pfg.

Bremer März-Tage 1848.

Bremen 1898.
Druck und Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. Filiale Bremen.

1779

Buchhandlung
der
Bremer Bürger-Zeitung.

Empfehlenswerthe Schriften:

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.
Erläuterungen zum Erfurter Programm von **Karl Kautsky** und **Bruno Schönlank.** Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei.
Volksthümlich entwickelt von **Gustav Keßler.** Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.
Von **Wilhelm Liebknecht.** Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.

Wen wähle ich?
Eine Agitationsschrift für die ländliche Bevölkerung, für die Reichstagswahlen 1898, von **Richard Calwer.** Preis 25 Pfg. Porto 3 Pfg.

Sämmtliche Schriften sind auch durch unsere Spediteure zu beziehen.

Bremer Märztage
1848.

Jubiläums-Gedenkschrift

von

Dr. **Franz Diederich.**

Bremen 1898.
Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Auer & Co. Filiale Bremen.

Geleitswort.

Man kann nicht sagen, daß die Erinnerung an die Vorgänge, welche die deutsche Märzbewegung des Jahres 1848 in Bremen zeitigte, besonders lebendig sei. Das Gegentheil ist der Fall, und das ist kein Wunder. Denn die bürgerliche Presse Bremens hat sich mehrere Jahrzehnte lang mit ängstlichem Schweigen bemüht, jede Erinnerung an die Bremer Märztage des Revolutionsjahres möglichst zu unterbinden. Die fünfzigste Wiederkehr jener Tage hat nun Gelegenheit gegeben, die Einzelnheiten wieder vor dem Auge vorüberziehen zu lassen. Das Blatt der bremischen Arbeiterschaft benutzte den günstigen Augenblick, den Vorgängen eine Beleuchtung zu Theil werden zu lassen, wie sie denselben in gleicher Schärfe und von diesem Standpunkte aus bisher noch nicht gewidmet worden ist. Sobald man die Bremer Märzereignisse in den Rahmen des Klassenkampfes einschaltet, zeigt sich, daß auch sie einen Inhalt bergen, den zu kennen für die Geschichte der eigenen Tage sehr nützlich ist. Diese Ansicht hat Veranlassung gegeben, unserer Darstellung durch einen Abdruck in Broschürenform zur Möglichkeit zu verhelfen, über die Märzgedenktage hinaus belehrend zu wirken.

Bremen, 16. März 1898.

Der Verfasser.

A 82-1779

I.

Die Gedenktage der Revolution von 1848 zwingen nunmehr, auch Bremen in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Wir werden uns dieser Aufgabe in möglichst ausführlicher Weise unterziehen, weil gerade die bremische Geschichte und Vorgeschichte des großen Jahres Lehren birgt, die der Kurzsichtigkeit des vertrauensseligen bremischen Tagenbaren nicht gründlich genug vor Augen geführt werden können.

In Bremen trat der demokratische Umschwung früh und plötzlich ein. Im Handumdrehen war er eine Thatsache, und das ist ein Beweis dafür, wie verrottet und veraltet die bremischen staatlichen Verhältnisse waren. In einer am 27. Februar, 10 Uhr Abends, ausgegebenen Extrabeilage der „Weser-Zeitung" hieß es in großen Lettern am Kopfe:

Revolution in Paris.

Der König auf der Flucht. Die Republik proklamirt.

Ein ungeheures Ereigniß, eine Umwälzung, welche, noch unübersehbar in diesem Augenblick, in ihren Folgen ganz Europa erschüttern muß, haben wir zu berichten usw.

Diese Nachricht zündete im bremischen Bürgerthum wie anderwärts in Deutschland sofort in gewaltigster Weise. Der Zündstoff, der aufgehäuft lag, fing sofort Feuer.

Welcher Art war dieser bremische Zündstoff?

Wir wollen, um die Antwort bei aller Kürze möglichst klar zu geben, einen schnellen Streifzug durch die bremische Geschichte unternehmen.

Verfassungskämpfe der demokratischen Zünfte gegen das Patriziat hat Bremen am Ausgange des Mittelalters vielfach in seinen Mauern sich vollziehen sehen. Das 13., 14., 15. und 16. Jahrhundert kennt Siege der Demokratie und dem Siege folgt regelmäßig die Niederlage. Die bedeutendste und interessanteste Erhebung fällt in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts. Sie ist ein Glied der demokratischen Wiedertäuferbewegung der Reformationsperiode, reich an kämpfendem, opferfreudigem, thatkräftigem, demokratischem Edelsinn und auslaufend in reaktionäre blutige

Gewaltpolitik. Nach der Niederlage der berühmten 104 Männer, die dem patrizischen Rath 1532 das Heft aus der Hand rissen und es bis 1534 behielten, wo ihr Hauptkopf, der Goldschmied Johann Dove, schmählich beschuldigt, durch das Schwert des Justizmordes beseitigt wurde, oktroyirte das wieder zur Herrschaft gelangende Patrizierthum den Bremer Bürgern die sogenannte „Neue Eintracht". Diese Verfassung machte den Rath politisch allmächtig und legte die Demokratie lahm. Sie hat sich über drei Jahrhunderte lebendig erhalten können, ein Spiegelbild der Schwäche des deutschen Bürgerthums.

Erst die französische Herrschaft über Bremen, die bis 1813 währte, ließ es dem Senat gerathen erscheinen, die Stimmung der Bürgerschaft durch ein Versprechen von Verfassungsreformen wiederzugewinnen. Die Proklamation vom 6. November 1813 versprach eine „sorgfältige Reinigung unserer Verfassung von ihren früheren Mängeln". Sechs Jahre lang berieth man über diese „Reinigung", aber dann kam die erste Metternich'sche Reaktion und der Senat warf schnellbereit die ersten Ansätze der Reform in den Winkel.

Die Julirevolution von 1830 brachte das Reformwerk abermals in Gang. Seit dem 8. Februar 1831 datirten die im Geheimen betriebenen Arbeiten und man ließ sich abermals von dem Senate über's Ohr hauen. In einer 1848 erschienenen lesenswerthen Broschüre des Dr. Ferdinand Donandt „Zur Geschichte der Demokratie in der bremischen Verfassung" heißt es: „Die Berathungen zogen sich von einem Jahr zum anderen hin und wurden sogar — so abhängig ließ man sie werden von der Persönlichkeit des Vorsitzers — durch dessen Abwesenheit während zweier ganzer Jahre unterbrochen: die Bewegung legte sich allgemach und verkehrte sich dann hier wie in Deutschland überhaupt in eine Reaktion; auf die Energie, welche den Anstoß gegeben hatte und ohne welche eine Vollendung im Geiste des Anfangs nicht gelingen konnte, folgte Erschlaffung — eine Erfahrung, auf welche, so darf man aus dem späteren Berichte schließen, die Verzögerung berechnet war. Endlich raffte die Bürgerschaft zu einer geharnischten Erklärung sich zusammen. Trotzdem, erklärte sie im Konvent vom 26. Februar 1836, daß das Bedürfniß einer zeitgemäßen Reform unserer veralteten Institutionen allgemein gefühlt werde und daß schon seit 1814 Rath und Bürgerschaft sich diese Aufgabe gestellt, trotzdem, daß die im Jahre 1814 niedergesetzt gewesene Deputation doch schon nach sechs Monaten berichtet gehabt, sei nun schon das fünfte Jahr in vergeblichen Hoffnungen verstrichen, und die Geduld der Bürgerschaft nach so langem und peinlichem

Harren dermaßen erschöpft, daß sie von ihrer Deputation Rechenschaft über den Gang und Stand der Verhandlungen zu begehren, sich endlich veranlaßt sehe, und soweit ihrerseits, unter Vorbehalt aller weiteren, ihr angemessen erscheinenden Maßregeln, sämmtliche Mitglieder der Deputation von der eidlichen Verpflichtung des Schweigens entbinde." Der Senat antwortete erst nach einem Vierteljahre. Er antwortete, indem er in reaktionärster Weise seine Bevormundungswünsche hervorkehrte, und versprach, seine Kommissarien bei der Deputation dringend zur Förderung der Arbeiten anhalten zu wollen. Im Mai 1837 ging dann auch der Verfassungsentwurf ein, der Vorsitzer der Deputation, Bürgermeister Johann Smidt, begleitete ihn mit einer einleitenden Erklärung, deren Ansichten den Hochstand der damaligen Reaktion getreulich spiegeln, und der Entwurf war denn auch so, daß die Bürgerschaft sich bedankte, auch nur mit einem Wort je wieder darauf zurückzukommen. Donandt faßt den Gesammtcharakter des Entwurfs in die Worte zusammen: „Souveränetät des Senats, in einzelnen Zweigen der Staatsgewalt durch eine bürgerliche Aristokratie beschränkt."

Es blieb also bei der „Neuen Eintracht" von 1534, die nur die „Alte Eintracht" von 1432 bestätigt hatte; im wahrsten Sinne des Worts blieb es beim Alten. Der Senat war nach wie vor allmächtig. Er setzte den Bürgerkonvent aus den Personen zusammen, die er für geeignet hielt und die er zusammenberief, wenn es ihm paßte. Der alten Einrichtung der Selbstergänzung des Senats, die nur hinsichtlich der Wahl der nächsten Verwandten Beschränkung kannte, hatte der Senat 1816 entsagt, indem er dem Konvente eine gewisse Einwirkung bei der Senatorenwahl zugestand, die aber lediglich darin bestand, daß er aus drei seitens vier Senatoren und vier Konventsmitgliedern vorgeschlagenen Kandidaten einen wählte. Im Konvent spielten die Aelterleute der Kaufmannschaft die Hauptrolle. Der Senat verfuhr bei der Ernennung der Konventsmitglieder ganz willkürlich und die Zurücksetzung solcher Personen, die darauf rechneten, berufen zu werden, nahm solch großen Umfang an, daß die Unzufriedenheit, die 1848 zum Ausbruch kam, ihre Stütze bis tief in die begüterten Kreise hinein fand. Dazu kam, daß mit der wachsenden wirthschaftlichen Blüthe Bremens neue Anstalten ins Leben gerufen worden waren, deren Berufsangehörige, da sie in den alten Kategorien nicht benannt waren, von jeder Berufung von vornherein ausgeschlossen waren und also die Reihen der auf die völlig politisch rechtlosen Handwerker und Arbeiter sich stützenden Opposition in einflußreicher Weise verstärkten. Die alte Form der öffentlichen

Vertretung war zu eng geworden, und sie wurde befehdet, ähnlich wie die heutige seitens der Klasse der Ladenbesitzer, von denen diese angegriffen wird, weil die genannte Berufskategorie keine besondere Klassenvertretung in der Bürgerschaft besitzt.

Alle diese Zustände in Verbindung mit den bei den Deputationsberathungen der verflossenen 30 Jahre gemachten Erfahrungen wirkten zusammen, den Senat, dem die Sturmglocken des Pariser 24. Februar und das Zusammenknicken des Bundestages arg zugesetzt haben werden, im Handumdrehen weich zu schlagen.

II.

Aus dem in den vierziger Jahren in den Kreisen des Kleinbürgerthums erwachenden Bedürfniß, zur Erzielung gründlicherer geistiger Bildung staatliche Maßnahmen ins Leben zu rufen, stammte die Gründung eines Vereins, der in der revolutionären Bewegung Bremens eine beachtenswerthe Rolle gespielt hat. Eine Anzahl Bürger hatte eine Eingabe an den Senat ergehen lassen, die um staatliche Beihilfe zur Errichtung einer Bürgerschule ersuchte. Der Senat verhielt sich, was jedenfalls auch sehr kennzeichnend für seinen Charakter ist, der Eingabe gegenüber ablehnend, aber seiner Ablehnung folgte 1847 die positive Wirkung der Gründung eines Vereins, der, wo die Staatshilfe den Bürgern geweigert ward, durch Selbsthilfe die Lücken des Wissens auszufüllen sich zum Ziele gesetzt hatte. Der Verein legte sich den bezeichnenden Namen „Vorwärts" bei. Arbeiter und Handwerker waren seine Mitglieder, und der Verein verschaffte sich schnell einen Namen. Er wurde, wenn auch die Politik offiziell auf seinen Tagesordnungen nicht zu finden war, doch ein Stück Grundlage des erwachenden politischen, freiheitlich gesinnten Lebens. Die persönliche Theilnahme, deren sich auch Senatsmitglieder unterzogen, bewies, daß der Verein ein Faktor war, mit dem die pfiffigen Herren der bremischen Republik sich auf freundschaftlichen Fuß zu stellen für angebracht erachteten. Als am 9. Januar 1848 der Verein sein erstes Stiftungsfest feierte, war der alte reaktionäre Fuchs, der vielbevgötterte Bürgermeister Joh. Smidt anwesend und die regierungsfromme Presse bemühte sich, in ihren Berichten über das Fest den „Vorwärts"-Mitgliedern süßen Honig um den Bart zu schmieren. Die „Weser-Zeitung" z. B. schrieb: „Was für Veredlung der Herzen, für geistige Ausbildung, für anständiges Vergnügen der arbeitenden Klasse geschieht, kommt dem Armen-, dem Krankenwesen, ja selbst der Polizei zu Gute; es wird die Furcht vor dem wachsenden Proletariate, die sich der Gemüther bemächtigt und nur zu oft von den

politischen Reaktionärs zu ihren Zwecken benutzt wird, auf das rechte Maß zurückführen." Die offene Theilnahme des Senats an der Stiftungsfeier und ebenso diese Sirenentöne dürften nicht ohne Zusammenhang mit den damals aus Sizilien und Neapel herüberschallenden ersten revolutionären Ereignissen gewesen sein.

Kurz nach diesem Stiftungsfeste geschah auch die Gründung eines Bürgervereins. Tüchtige einflußreiche Handwerker, wie z. B. Tischlermeister C. H. C. Wischmann, der Uhrmacher J. G. Meyer u. A. hatten schon im Dezember die ersten Schritte zur Gründung des Vereins gethan. Neue Steuern, die der Senat den Bürgern auferlegte, stärkte die Energie, den Plan der Vereinsgründung zu verwirklichen. Man wollte nicht länger stummer Zuschauer bleiben, sondern wollte mitentscheiden, wo man Hilfe leisten sollte. Am 17. Januar 1848 wurde in der Martini-Bierhalle der Bürgerverein gegründet. Die ansehnliche Mitgliederzahl wählte Wischmann, den wirkungsvollen Volksredner, den der gewiegte Bürgermeister Smidt mit Argusaugen verfolgte, zum Präsidenten. Die Versammlungen waren zahlreich besucht und mußten bald in dem größeren Krameramtshaus abgehalten werden.

Wortführer des Vereins traten bald dreister aus ihrer Reserve heraus. Seitens de Laubell's wurde bereits die Nothwendigkeit der Berufung einer zeitgemäßeren Bürgerschaft betont. Wischmann erklärte offen, in Italien zeige es sich, wohin es führe, wenn nicht den Wünschen der Völker Rechnung getragen würde, Metternich habe dort Wind gesäet und werde jetzt Sturm ernten. Im Allgemeinen aber vermied man es vorerst, die bremische Verfassung in den Kreis der Vereinsdebatten einzubeziehen. Man sprach durch die Blume, diskutirte über Verfassungsfragen anderer Länder und wußte, daß man Bremen meinte, wenn man radikalen Ansichten über Staatsreformen anderer Länder stürmisch zujubelte. Noch am 22. Februar verwarf man die ausgeworfene Frage, ob man an den badischen Abgeordneten Bassermann eine Adresse in Bezug auf seinen in Deutschland überall zündenden Antrag betreffs Errichtung einer deutsch-nationalen Volksvertretung senden solle. Man wollte vermeiden, daß dem Verein seitens der Polizei der Charakter einer politischen Verbindung gegeben werden konnte, und mußte mit Recht damals noch mit der Eventualität einer Auflösung des Vereins rechnen.

Da kam am 27. Februar Abends die Nachricht von der Revolution in Paris. Mit einem Schlage änderte sich auch in Bremen das Bild. Die Blätter wagten einen freieren

Ton, der Senat ersann die Beruhigungspille, daß er schon am 29. Februar Wischmann und andere volksbeliebte Bürger zu den Konventsverhandlungen berief, Stimmen des Vereins „Union" und konservativer Wortführer, u. a. H. H. Meier's, hielten die Reform der Verfassung für zeitnothwendig und selbstredend erhob nunmehr auch der Bürgerverein lauter seine Stimme, wenn auch selbst jetzt noch unter vorsichtiger Beobachtung loyaler Grenzen. Die Aufregung der Bevölkerung angesichts der überall in Deutschland losbrechenden Reformbewegung wuchs lawinengleich. Hunderte von Menschen versammelten sich allabendlich vor und in der Börsenhalle am Domshof, der vor dreihundert Jahren, zur Zeit der 104, schon die Stätte revolutionärer Erregung gewesen war. Die Berichte über die Bewegung in den deutschen Städten wurden verlesen. Die Nachrichten aus dem benachbarten Hamburg, die dort ausgebrochenen Unruhen steigerten die Spannung von Tag zu Tage.

Dem befreienden Windhauch trug die „Weser-Zeitung" am 5. März, zuerst in allerdings überaus maßvoller Weise, Rechnung. Sie nahm den bereits 1847 gewagten Versuch, über die Verhandlungen des Bürgerkonvents zu berichten wieder auf. Im Jahre 1847 noch hatte „selbst die maßvollste Besprechung Schwierigkeiten zu überwinden, ehe es ihr gelang, in das Heiligthum der Oeffentlichkeit vorzudringen." Auch jetzt zunächst hielt sie sich in den Grenzen äußerster Allgemeinheit und versprach von vornherein, nie über die Schnur hauen zu wollen. „Wir werden aber, und sollte auch eine Zeit erscheinen, welche der Presse alle gesetzlichen Schranken aus dem Wege räumt, nie die Grenze überschreiten, deren Heilighaltung uns geboten wird durch einen Zensor, dessen Treue wir hier in Bremen Alles anzuvertrauen gewohnt sind: das Bewußtsein der Bürgerpflicht."

Die „Weser-Zeitung" benutzte jenen ersten Bericht über den Konvent vom 1. März zu einigen allgemeineren kritischen Betrachtungen über bremische Verfassungsangelegenheiten. Der Senat hatte, um dem sicher zu erwartenden Windstoß vorzubeugen, durch Einladungen verschiedener Bürger, u. A. Wischmanns, zu den Konventsitzungen um die Aufrechterhaltung der Zufriedenheit der Bürger geworben. Die „Weser-Zeitung" erklärte, daß sie diesen schon erwähnten Schritt mit Freude bemerkt habe. „Allein", fuhr sie dann fort, „diese Freude hat einen bitteren Beigeschmack, da wir aufs Neue daran erinnert werden, daß dem Senat das Recht zusteht, zu laden, wenn er will oder doch, wenn er für geeignet hält. Wir nehmen keinen Anstand, zu gestehen, daß wir einer wesentlichen Umgestaltung unserer Verfassung, die sich in vielen Punkten als zweckmäßig bewährt hat, daß wir namentlich der Einführung des

Repräsentativsystems in Bremen abgeneigt sind." Das bis ins Mark senatsloyale Blatt wollte nur „einige Steine des Anstoßes" beseitigt sehen und rechnete dazu jene Willkür bei den Einladungen. Wie weit sie gehen wollte, sagte die „Weser-Ztg." nicht. Sie drückte sich nur allgemein dahin aus, daß das Recht der Theilnahme an den Konventen gesetzlich geregelt werden möchte, und schaltete die Bemerkung ein: „Gewiß wird auch nach der Einführung derartiger gesetzlicher Bestimmungen die Zusammensetzung unserer Bürgerschaft im Ganzen die bisherige bleiben."

Von der Kraft der demokratischen Bewegung, die sich auch in Bremen schon wenige Tage darauf entfalten sollte, hatte das Blatt keine Ahnung. Sonst hätte es solche Worte vielleicht doch, um die Neigungen der Reaktion nicht von vornherein zu verrathen, ungeschrieben gelassen. Daß das Blatt reaktionär war, sollte bald einen deutlichen Ausdruck finden, der allerdings die Oeffentlichkeit nicht weiter beschäftigte: in dem in den Märztagen erfolgenden Austritt des jungen Redakteurs Theodor Althaus aus der Redaktion. Althaus huldigte entschiedenen Tendenzen. Er trat in die Redaktion der „Bremer Zeitung" ein, der er eine Zeit lang angehörte, um dann die Leitung eines Blattes in Hannover zu übernehmen. Althaus wandte sich radikalen Ansichten mit sozialistischer Färbung zu. Als die Reaktion hereinbrach, hatte der feurige Idealist seine Offenheit im Gefängniß zu büßen. Er war in Hildesheim internirt. Er starb jung, dreißigjährig, im Jahre 1852.

Am 6. März trat die „Weser-Zeitung" schon bedeutend mehr aus ihrer Reserve heraus. In einem schneidigen Artikel, der das Wesen des Völkerfrühlings deutlich verspüren läßt, rief sie aus, was die Nation als Ganzes wollte: „Nationale Einigung, und darum ein deutsches Parlament in Frankfurt. Keine Geistesfesseln mehr, sondern dem Gedanken sein Recht; darum keine Zensur, sondern aufrichtige Preßfreiheit. Keine geheime Justiz mehr, keine Kabinetsjustiz; darum Gleichheit Aller vor dem Gesetz, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, und Geschwornengerichte. Keinen Polizeistaat mehr, keinen Akten- und Beamtenstaat, sondern Durchführung des echt deutschen Prinzips der Selbstverwaltung wie in England; die Verwaltung darf nicht die Bestimmungen der Verfassungsurkunden unwirksam machen. Also ein aufrichtiges konstitutionelles System, wahre Volksvertretung und Vereinfachung der Verwaltung.

„Der Polizei- und Aktenstaat hat die Interessen der Nation nicht fördern können, er kann nur hemmen und bevormunden; er hat den Hungertod bei Tausenden nicht zu verhindern vermocht. Der Staat muß ein sozialistisches Element in hohem Sinne in sich aufnehmen, wenn der grundverderbliche Kommunismus nicht aufkommen soll. **Der Staat muß Allen Arbeit und Brod sichern.**

„Deutschland muß nach außen schlagfertig dastehen. Unsere Heere sind nothwendig, aber sie müssen sich auf eine allgemeine Landwehr, auf Volksbewaffnung stützen. „Wir wiederholen es; die Zeit wo man mit Halbheiten beschwichtigen, mit Palliativen nothdürftig auskommen zu können glaubte, ist vorüber. Deutschland will die ehrliche Reform. Wird seinen Wünschen Rechnung getragen, so dürfen wir hoffen, daß der heranbrausende Orkan über unseren Häuptern hinwegtobe, ohne uns zu schädigen. Wenn aber nicht, nicht!"

An Entschiedenheit läßt diese Auslassung gewiß nichts zu wünschen übrig. Proklamation des Rechtes Aller auf staatlich garantirte Arbeit und Proklamation des Milizsystems, — o, theure Kollegin, wie hast du dich verändert! Es war aber eben die Zeit, wo der reaktionäre Frack sich mit der revolutionären Bluse verbrüderte.

III.

Der Fastnachtsmontag, der 6. März, brachte für Bremen den entscheidenden Anstoß zum Schnellerrollen des Wagens der Reform. Unruhen brachen aus, die man schon mehrere Tage befürchtet hatte, und wir wollen diese Vorgänge nach einem zeitgenössischen Berichte wörtlich mittheilen. Das Wochenblatt „Der Courier an der Weser" brachte am 10. März folgende Darstellung:

„Montag, den 6. März. In unserem Bremen geht es am Fastnachtstage überhaupt sehr lebhaft her. Dieser Tag besonders ist für die arbeitende Klasse ein „Trinktag" und mancher Beseligte gröhlt wohlgemuth durch die Straßen, ohne jedoch Exzesse zu verüben. Diesmal aber war die Menge durch die Nachrichten aus Frankreich und unserem Vaterlande so erregt, daß man schon am Morgen befürchtete, es werde zu Ausschweifungen kommen.

Bereits gegen 10 Uhr zog ein großer Trupp Handwerker und sonstiger junger Leute singend durch die Straßen. Doch richtete sich diese großartige Bewegung vorläufig nur gegen die Wirthshäuser, wo überhaupt an diesen Tagen eine unberechenbare Quantität geistiger Getränke den Weg alles Fleisches wanderte. Daß dadurch die Aufregung immer mehr stieg ist erklärlich. Bereits gegen 5 Uhr wogte es durch die Straßen und schon manche Unordnung fiel vor.

Wäre die Bürgerwehr früher requirirt worden, so hätte diese wahrscheinlich den Tumult gleich Anfangs erstickt; so aber wurde sie erst berufen, als der Krawall bereits begonnen hatte.

Am Heerdenthore erzwangen die Ruhestörer sich mit Gewalt Einlaß, warfen das Schilderhaus in den Graben, demolirten das Sperrhaus, zerschlugen die Laternen usw. Ein Beamter hatte in dem Sperrhause mehrere Kisten mit Zigarren stehen, die bald Eigenthum der Menge waren. Sogar gegen Hillmann's Hotel flogen Steine; das gütliche Zureden Herrn Hillmann's, besonders aber mehrere Flaschen Wein verhinderten hier ferneren Unfug und die Menge zog in die Stadt.

Am Wall wurden fast alle Laternen demolirt und jetzt ging's zum Domshof, wo das Stadthaus der Gegenstand des Angriffes wurde. Das Linienmilitär hatte die Hauptwache schon längst verlassen; auch kein Polizeibeamter wurde sichtbar. Die Bürgerwehr erschien und wurde mit Jubel begrüßt. Man umarmte den Posten und rief: Vivat die Bürgerwehr! Es lebe die Freiheit und die Reform! usw. Die meisten Anwesenden waren politisch erregt, nur waren Viele von ihnen sich nicht klar bewußt, was sie wollten und wie sie es wollten. Es bleibt zwar eine traurige Wahrheit, daß viele Unbesonnene sich tadelnswerthe Exzesse erlaubten; aber die Angabe der „W.-Z.", daß es nur ein Fastnachtskrawall gewesen, ohne jede Bedeutung, ist unwahr. Allen war klar geworden daß es auch in Bremen besser werden müsse, daß aber Viele ihre Unzufriedenheit klingend äußerten, darin ist die nachlässige Schulerziehung Schuld, mit der es, so Gott will, jetzt auch anders wird.

Schon hatten die Bürger durch ihr eindringliches Zureden viel zur Herstellung der Ruhe beigetragen, als mit dem Erscheinen des Linienmilitärs und der Kavallerie wieder die Aufregung der Menge stieg. Das Linienmilitär besetzte die Wachen, ohne sich vorher mit den wachthabenden Bürgern in Rapport zu setzen, die Kavallerie dagegen patroullirte von Zeit zu Zeit auf dem Domshofe. Der Unwille gegen letztere machte sich von einer Seite durch Werfen Luft, jedoch muß dies sehr unbedeutend gewesen sein, weil die Kavallerie gerade den Platz, wo die Steine vorher aufgerissen worden, inne hatte. Wer beschreibt aber die Ueberraschung und den Zorn des Publikums, als plötzlich die Kavallerie mit gezogenem Säbel einen Anlauf auf die Menge unternahm und — scharf einhieb, ohne daß vorher das Aufruhr-Mandat verlesen worden. Mehrere Personen wurden schwer verwundet, so der Glasermeister Hoyer und ein Schneidergesell. Der

frevelhafte Kavallerist, der Herrn H. verwundete, wurde aber sofort von zwei entschlossenen Bürgern vom Pferde gerissen und empfing auf der Stelle seinen Lohn. Selbst die Bürgerwehr, empört über das Benehmen der Kavallerie, schützte ihre Mitbürger mit gefälltem Bajonnet. Mehrere Pferde der Kavallerie bekamen schwere Wunden."

Der „Courier" schließt seinen Bericht mit folgenden launig gehaltenen Bemerkungen, die der Vollständigkeit halber hier ebenfalls ihren Platz finden sollen:

„Um den Parisern, wenn auch nur im Kleinen, nachzuahmen, holte man, nachdem sich die Kavallerie wieder nach der Neustadt zurückgezogen, von der Schlachte eine Anzahl Schlachtwagen und führte vor der Brücke eine Barrikade auf, nachdem man schon früher beim Dom auf ähnliche Weise verfahren war. „Meine Herren!" rief ein Freiheitsmann, „wir haben gesiegt; die Brücke ist unser!" (NB. Weil keine Gegner mehr da waren.) „Wo ist denn unser Hauptmann Block?" riefen Andere. „Laßt uns die Brücke demoliren!" schrie ein betrunkener Handwerksgesell. Ein Knabe rief: „Es lebe Lafayette!" „Wer ist denn der Mann?" fragte ich ihn. Der Bube gaffte mich mit großen Augen an und antwortete: „Wat weet ick dat? Sch . . t darup!" Als man einigen Schreiern ihr Benehmen verwies, meinten sie: „Ei, man macht ja allenthalben Revolution; wir Bremer müßten uns ja schämen, wenn wir zurückblieben."

Erst spät in der Nacht endete der Krawall.

Wie es scheint, erwartete der Senat für den 7. März eine Wiederholung der Unruhen des vorhergehenden Abends. Die „Weser-Zeitung" die sich bemühte, den Unruhen den Stempel unpolitischer rüpelhafter Krawalle aufzudrücken, während sie doch in Wirklichkeit hier genau wie anderswo ein Gradmesser waren, wie stark die Luft auch in Bremen mit Explosivstoff geladen war, schrieb, es seien alle Maßregeln getroffen, um jeden etwaigen Versuch zu ähnlichen Exzessen sofort zu unterdrücken und das Ansehen des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Um die Bürgerschaft auf die Seite des Senats zu bringen, schilderte sie nach der bekannten Melodie:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion usw.

die Urheber der Exzesse als fast ausschließlich „fremde Handwerksgesellen, Jungen usw." Während es offen auf der Hand lag, daß die Unruhen mit politischer Unzufriedenheit zusammenhingen, wenn sie auch spontan entstanden waren, suchte die „Weser-Ztg." jeden Zusammenhang abzustreiten, aber wir zweifeln nicht, daß die schnelle Gefügigkeit des Senats auch durch die durch die Unruhen gesteigerte Aussicht

auf eine gewaltsame und mit eisernem Besen die Personen des bisherigen Systems wegkehrende Erhebung beschleunigt worden ist.

Der Senat benutzte zunächst sofort den 7. März zur Kundgebung des ersten Schrittes seiner Nachgiebigkeit. Der Frankfurter Bundesrath hatte am 3. März bekanntlich erklärt, daß er es jedem deutschen Bundesstaat freistelle, die Zensur aufzuheben und Preßfreiheit „unter Garantien einzuführen, die die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicherstellen". (Baden und Württemberg hatten die Preßfreiheit bereits eingeführt, als dieser famose Beschluß des Bundestages gefaßt worden war.) Die Vertreter Oesterreichs, Hannovers und Kurhessens beim Bunde hatten gegen den Antrag gestimmt! Der bremische Senat faßte am 7. März den Beschluß, der Bundestagsresolution Folge zu geben. Er bestimmte die Bekanntmachung seines Beschlusses für den 8. März, aber das Feuer der Besorgniß fing an, ihm die Nägel zu brennen, und schon am Abend des 7. März (10 Uhr Abends) stand die Proklamation an der Spitze der Extra-Beilage der „Weser-Zeitung". Wir setzen sie im Wortlaut hierher:

Obrigkeitliche Verordnung.

„Nachdem die deutsche Bundesversammlung unter dem 3. d. M. den folgenden Beschluß gefaßt hat:

1. Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt, die Zensur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen;

2. dies darf jedoch nur unter Garantien geschehen, welche die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen;

so bringt der Senat solches hierdurch zur öffentlichen Kunde und verordnet zugleich, vorläufig unter Vorbehalt der Einleitung weiterer gesetzlicher Bestimmungen, das Nachstehende:

1. Die bisher im bremischen Freistaate bestandene Zensur ist aufgehoben.

2. Die gesetzliche Verantwortlichkeit der Verfasser, Drucker und Verleger erstreckt sich in Folge des Wegfallens der Zensur fortan auf alle Druckschriften, und somit namentlich auf Zeitungen und sonstige periodische Schriften, sowie auf Flugblätter und Broschüren jeglicher Art.

3. Alle Drucksachen müssen nach wie vor den Namen des Druckers und, insofern sie einen Verleger haben, auch den dieses Letzteren angeben.

4. Als strafbarer Mißbrauch der Presse gilt nicht nur die in Druckschriften liegende unmittelbare Verletzung der beschworenen Pflichten gegen den eigenen Staat, sondern auch eine solche, wodurch dessen Interesse mittelbar gefährdet wird, namentlich Verletzung der dem deutschen Bunde und dessen einzelnen Gliedern schuldigen Rücksicht. Auch versteht es sich, daß

in Betreff der mittelst Druckschriften verübten Injurien gegen einzelne Personen oder Körperschaften nichts geändert ist.

5. Uebertretung der vorstehenden Anordnungen werden außer den gesetzlichen Strafen den Umständen nach mit Entziehung der Konzessionen für Buchhandel und Druckerei oder zur ferneren Herausgabe des Blattes, welches zu Beschwerden Anlaß gegeben, geahndet. Der Senat vertraut zum oft erprobten Rechtssinn der bremischen Staatsgenossen, sowie zu ihrer Anhänglichkeit an unser Gemeinwesen, daß sie, der Fessel der Zensur enthoben, die theure Errungenschaft durch Maaß und Besonnenheit in ihrer Benutzung zu sichern und zu befestigen wissen werde.

Beschlossen Bremen in der Versammlung des Senats am 7. und bekannt gemacht am 8. März 1848".

Der Senat hob also die Preßzensur zunächst nur in beschränkter Weise auf. Die reaktionäre Hinterthür der „Garantien", die der Bundestag verlangt hatte, mußte erst noch beseitigt werden. Daß der Senat auch sonst noch der Meinung gewesen zu sein scheint, er könne die Bewegung eindämmen, ist daraus zu ersehen, daß er für den Abend des 7. März den Bürgerverein auflöste.

Aber das war ein Schlag ins Wasser. Am Abend desselben Tages versammelte sich im Krameramtshause ganz einfach ein neuer Verein, ein allgemeiner Verein republikanischer Bürger. Der Tag hatte die Bevölkerung auf die Beine gebracht, alle Schänken waren überfüllt, die arbeitende Klasse trat achtunggebietend auf und die Energie, einen kühnen Griff zu thun, war allgemein vorhanden.

Die Versammlung im Krameramtshause, die von Wischmann eröffnet wurde, war ein sprechender Ausdruck dafür. Man war bereit und vorbereitet, eine Entscheidung herbeizuführen.

Kotzenberg hatte mit C. F. Feldmann eine Adresse entworfen, die zur Verlesung gelangte und die folgenden Wortlaut hat:

Hoher Senat!

„Seit mehr als einem Menschenalter ist bei den Genossen des Bremischen Freistaates der Wunsch nach einer neuen, den jetzigen Bedürfnissen entsprechenden Verfassung vorhanden, und die in den Jahren 1814—1818 gepflogenen, 1831 wieder aufgenommenen Verhandlungen beweisen, daß auch Senat und Konvent ihrerseits eine solche herbeizuführen versuchten. In der gegenwärtigen Zeit ist nun dieser so oft als berechtigt anerkannte und ausgesprochene Wunsch, auf dessen Erfüllung trotz aller Zusagen und Verhandlungen bis jetzt vergebens geharrt worden, zu einem in allen Ständen tief gefühlten Bedürfnisse erwachsen, dessen Abhilfe bei den täglich gesteigerten Ansprüchen des Staats, der heutigen Weltlage und den drohenden Aussichten der Zukunft

immer dringender wird. Und in der That ist auch der dermalige Zustand unseres dem Namen nach doch zu den Freistaaten gezählten Gemeinwesens der Art, daß er kaum einen Vergleich im Punkte allgemeiner politischer Rechte mit den der absolutesten Staaten Deutschlands verträgt. Eine kleine Anzahl Bürger, vom Senate nach Gutdünken geladen, verfügt, in ihrer Berufung einer Pairskammer gleich, in Gemeinschaft mit dem nur aus ihr und durch sie gewählten Senate, in Gesetzgebung und Besteuerung über Personen und Eigenthum der großen Mehrzahl ihrer Mitbürger, die aber dadurch von dem Stande freier, vollberechtigter Staatsglieder zu dem einer erniedrigenden, rechtlosen Hörigkeit herabgewürdigt werden. Und das geschieht nicht etwa öffentlich, in Gegenwart anderer als Zuhörer zugelassenen betheiligten Mitbürger; nein, hinter geschlossenen Thüren, und statt daß zur Aufklärung der Betheiligten, über Zweck, Motive und Nothwendigkeit der gefaßten Beschlüsse, die Verhandlungen ausführlich und mit Namensnennung der Redner öffentlich gedruckt würden, treffen die mit dürren Worten allein bekannt gemachten Resultate das Haupt der Mitbürger oft wie Blitze aus heiterer Luft. Dabei ist die Presse gefesselt, so daß die bis jetzt politisch-rechtlose Bürgerschaft ihre wichtigsten Angelegenheiten nicht einmal in öffentlichen Blättern frei erörtern und so wenigstens in etwas auf die Gestaltung des Gemeinwesens einwirken kann.

„Diese Grundschäden unseres Gemeinwesens dürfen unmöglich länger bestehen. Es muß Hand angelegt werden, dieses unleidliche, seit mehr als 34 Jahren bestehende Provisorium durch eine auf die ewigen Grundlagen gleicher politischer Rechte aller gegründete, dem republikanischem Geiste entsprechende definitive Verfassung zu ersetzen, damit kein Genosse des Staates mehr, einigen bevorrechteten, politisch Freien gegenüber in unwürdiger Hörigkeit stehe und der Name eines Freistaates für unser Gemeinwesen nicht mehr ein bloßes Aushängeschild, sondern eine Wahrheit und ein Segen für alle werde.

„Wir unterzeichneten Bürger, sind aber der Ansicht, daß eine Vereinbarung über eine neue Verfassung, weder nach alter Bremischer Sitte noch nach vernünftigem Rechte von Senat und Konvent, sondern einzig und allein vom Senat und der ganzen Gemeinheit erzielt werden kann, die in den durch ihr Vertrauen gewählten Vertretern die berufenen Geber ihrer Gesetze bestellt. Wir stellen daher an den hohen Senat folgende dringende Anträge:

1. Derselbe wolle unverzüglich zur definitiven Feststellung unserer Verfassung eine auf den Grundlagen **gleicher Wahlfähigkeit und Wählbarkeit aller Staatsbürger** beruhende Vertretung einleiten, indem er nach altem Brauche zum Zweck der Wahlen die Gemeinheit nach Kirchspielen in Patialversammlungen zusammentreten läßt;

2. von diesem Augenblick an **Oeffentlichkeit der Sitzungen des Konvents** und **vollständigen Druck der Verhandlungen desselben mit Namensnennung der Redner** verfügen; und

3. **sofort die Presse unumschränkt frei geben.** Wir machen die Erfüllung dieser Anträge dem hohen Senat unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen um so mehr zur dringenden Aufgabe, als die Zufriedenheit der großen Mehrzahl der Bürger wesentlich davon abhängt und verharren vertrauensvoll

Eines hohen Senats ergebene Mitbürger."

Mit großem Beifall wurde diese Adresse aufgenommen. In kurzer Zeit war sie von hunderten von Unterschriften bedeckt und die Thatbereitschaft fand ihren Ausdruck in begeisternden Reden. Daß aber der bremische Spießbürger nicht die Absicht hatte, dem Senat anders als grundloyal seine Revolutionsszene aufzuführen, zeigt die höchstkomische, aber durchaus ernsthafte Debatte über den Punkt, ob die zur Ueberreichung der Adresse bestimmten Bürger mit oder ohne Frack antreten sollten. Herr Emil Meyer führte die Entscheidung über diese wichtige Frage durch das kräftige Wort herbei: „Den Frack haben die Könige eingeführt, weg mit diesem Zopf!" Man konnte sich also kleiden, wie man wollte.

Den Schluß dieses Tages bildete ein langer, stiller Zug der Bürger vom Krameramtshause über die Obernstraße nach dem Rathhause. In Verbindung mit den Mitgliedern des „Vorwärts" und des Schützenvereins übernahm man die Fürsorge für die Aufrechterhaltung der Ruhe, die hier nicht weiter gestört wurde. Nur am Buntenthor war ein Tumult passirt, dessen Urheber „eine Schaar fremder Handwerksburschen und wilder Gassenjungen" gewesen sein soll. Der in der Neustadt organisirte Sicherheitsverein prügelte die bösen Tumultanten auseinander.

Am Abend des Tages war im Theater die Auber'sche Oper „Die Stumme von Portici", die Sturmfanfare des Pariser Juli-Aufstandes von 1830, aufgeführt worden. Es scheint, daß man stürmische Demonstrationen befürchtet hat, aber die Befürchtung war übertrieben.

Zweifellos berieth der Senat noch in derselben Nacht über die Antwort, die er auf die Adresse der Bürger geben wollte. Daß er es indes bereits aufgegeben hatte, die Bewegung mit Gewalt zu hemmen, zeigte die Thatsache, daß er nicht im Geringsten Schritte that, die trotz Auflösung des Bürgervereins tagende Versammlung zu verhindern. Das war für die Reformer immerhin ein gutes Vorzeichen.

IV.

Der 8. März sollte der Freudentag der bremischen Demokratie werden. Das Pariser Ereigniß hatte das europäische Reaktionssystem, das unter dem Namen der „Heiligen Allianz" die Völker bleischwer bedrückte, in den Grundfesten erschüttert. Die Mauern waren überall geborsten, so grünblich und tief klafften die Breschen, daß die verflossenen vierzehn Tage nicht genügt hatten, sie wieder zu verstopfen. Jeder Tag ließ vielmehr neue Steine unter dem Sturmlauf der Massen herabbröckeln. In Bremen saß die Reaktion hinter so morschen, vom Alter angefressenen Schutzmauern, daß ein einziger Stoß ausreichte, diese Mauern zu kippen.

Die demokratischen Führer scheinen die Nachtstunden nach der großen Bürgerversammlung im Krameramtshause noch zu weiterer Arbeit benutzt zu haben. Am frühen Morgen des 8. März — ein Mittwoch war's — wurde durch die Stadt von Haus zu Haus ein in der Nacht gedrucktes Flugblatt*) verbreitet, das folgenden Wortlaut hatte:

An alle Mitbürger Bremens.

Eine Petition der Bürgerschaft an den Senat, die in Kürze Folgendes fordert:

1 **Vertretung der Bürger beim Senat nach freier, eigener Wahl;**

2 **Oeffentlichkeit der Conventsverhandlungen**

3 **Preßfreiheit**

wurde gestern Abend in einer zahlreich besuchten Bürgerversammlung berathen, genehmigt und von ca. 500 Theilnehmern unterschrieben. Zu weiteren Unterschriften liegt sie heute Morgen von 8 bis 11 Uhr in dem untern Raum der Börse bereit, und wird dann von der Bürgerschaft in corpore dem Senat überreicht werden. Alle Bürger Bremens, die es mit der Vaterstadt wohl meinen, werden hiemit sowohl zur Unterschrift als zur Theilnahme an dem feierlichen Akt des Ueberreichens, dringend und freundlich eingeladen.

Bremen, 8. März, Morgens 2 Uhr.

Anfangs war beabsichtigt worden, die Adresse an den Senat erst am Mittwoch Abend im Krameramtshause zur Unterzeichnung auszulegen und dann am Donnerstag Mittag von dort aus den Zug nach dem Rathhause anzutreten. Indeß die Verwaltung des Krameramtshauses schlug das Gesuch, den Saal zu genanntem Zwecke benutzen zu dürfen, ab und zwar aus einem politischen Grunde, dessen reaktionärer, senatsloyaler Charakter aus der an die Antragsteller gerichteten Ermahnung deutlich erhellt, „doch lieber in dieser aufgeregten Zeit für die Ruhe und Ordnung zu sorgen." Die Bürger wandten sich jetzt an Aeltermann Bolte und dieser stellte für den gedachten Zweck den Saal der „Union" zur Verfügung. Dieser Saal wurde dann aber nicht benutzt, da die in Fluß

*) Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins zu Bremen besitzt ein Exemplar dieser interessanten, immerhin historisch werthvollen Druckschrift.

gekommene Reformangelegenheit kein Postkutschentempo mehr duldete. Das am Morgen des 8. März durch die Stadt verbreitete Flugblatt beweist, daß die Energischen am Abend des 7. März die Oberhand gewonnen hatten.

Zeitig am Vormittag wurde es in der Stadt lebendig. Domshof und Börsenhalle waren das Ziel. Schon um 10 Uhr strömten zahlreiche Bürger dorthin. Gegen 11 und 12 Uhr wogte eine unzählige Menge auf dem Platze und im Saale, um die Adresse zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung mußte zum Theil auf der Straße vor sich gehen. Während dieser Arbeit einigte man sich nach kurzer Debatte, der Adresse noch einen Zusatz, weitere Forderungen enthaltend, hinzuzufügen. Derselbe lautete:

„In der Erfüllung der obigen Anträge ist freilich alles enthalten, was zu einer zeitgemäßen Gestaltung unseres Freistaates führen kann, indeß können wir nicht unterlassen, als dringenden Wunsch der Bürgerschaft auch noch namentlich hinzuzufügen:

Oeffentlichkeit und Mündlichkeit aller Gerichtsverhandlungen.

Vollständige Trennung der Justiz von der Verwaltung.

Geschworenengerichte bei politischen, criminellen und Preßvergehen.

Zugleich beantragen wir bei dem hohen Senate, daß derselbe mit allen Kräften das von dem ganzen deutschen Volke ausgesprochene Verlangen nach **einem deutschen Parlamente** bei der Bundesversammlung durch unsern Gesandten unbedingt unterstützen lasse."

Die Unterzeichnung der Adresse ging rasch von statten. Auch einige Mitglieder der Gesellschaft „Museum" betheiligten sich daran. An dem Verhalten dieses so ziemlich ausschließlich aus senatstreuen Elementen zusammengesetzten gelehrten Klubs läßt sich erkennen, wie die Politik des Senats am Morgen des 8. März endgiltig zusammenknickte und zu der Methode überging, gute Miene zum für den Senat bösen Spiel zu machen. Die Gesellschaft „Museum" wird davon Mittheilung empfangen und sie scheint die Aufgabe übernommen oder vielleicht auch gar offiziell zuertheilt erhalten zu haben, durch ihre äußerlich bemerkbare Betheiligung an der Unterzeichnung der Adresse zu verhindern, daß die in der Einwohnerschaft Bremens vorhandene Kluft wirthschaftlicher und deshalb politischer Gegensätze an den Namen kenntlich werde. Es galt vorzubeugen, daß etwa der begonnene Sturm sich gegen die Säule der Reaktion, gegen die zur Zeit das Heft in Händen haltenden Personen des Senats richte, dieselben von der Bildfläche wegfege und dadurch die Wiedererringung der verlorenen Position erschweren oder gar überhaupt unmöglich mache. Das Schicksal des der Reform mit Gewalt trotzenden französischen Bürgerkönigs stand drohend vor den Augen des Senats.

Die Gesellschaft „Museum" also mußte zunächst helfend einspringen. Sie begann ihren Senatsdienst in folgender Weise. Die Ziffern derer, die die Adresse bereits unterzeichnet hatten, betrug schon einige Tausende, als man vom Museum nach der Börsenhalle schickte und den Wunsch äußerte, die Petition möge herübergesandt werden, da die Mitglieder des „Museum" auch unterzeichnen wollten. Diesem Wunsche wurde aber nicht entsprochen. Man scheint angegeben zu haben, daß die große Zahl der zum Unterzeichnen Herbeigekommenen es unmöglich mache; vielleicht aber ist auch ein Stück demokratischer Abneigung, die Herren vom „Museum" mit einer Extrawurst zu bedienen, dabei im Spiele gewesen. Man sandte die Adresse also nicht hin und die Mitglieder des „Museum" mußten sich bequemen, nach der Börsenhalle zu kommen. Das thaten sie denn auch und jedenfalls hatten sie ihr Ziel erreicht, daß sie gesehen und besonders genannt wurden, wodurch der Reformbewegung eine Farbe, die ins Auge stach, hinzugefügt wurde.

Der Senat war inzwischen auf dem Rathhause versammelt. Er mußte warten und auch daran, daß er geduldig des Wartens sich unterzog, läßt sich erkennen, daß er sich entschieden hatte, alles zu vermeiden, was etwa Oel ins Feuer hätte gießen können. Die höflichen Reformer erleichterten dem Senate übrigens diesen Akt der unter anderen Umständen zweifellos verweigerten Geduld. Sie sandten zweimal den Uhrmacher J. G. Meyer nach dem Rathhause und dieser, die bevorstehende Ueberreichung der Adresse offiziell anzeigend, bat den Senat, auf dem Rathhause zu bleiben, bis man kommen werde. Endlich gegen 1 Uhr schloß man die Listen gewaltsam, wodurch manchem Bürger, namentlich vielen erst spät eingetroffenen Museumsherren die Unterzeichnung abgeschnitten wurde.

Zur Ueberweisung der Adresse an den Senat waren folgende Bürger bestimmt worden: Zigarrenfabrikant O. H. C. Bernhard, Zigarrenfabrikant Wilhelm Brandt, Färber Louis Ebell, Operateur S. C. W. Eisenhardt, Lehrer C. F. Feldmann, Buch- und Steindruckereibesitzer G. Hunkel, Lehrer H. W. A. Kotzenberg, Blumenfabrikant G. L. de Laubell, Uhrmacher J. G. Meyer, Tischlermeister N. Stürcke, Goldschmied G. A. Tron, und Tischlermeister C. H. C. Wischmann. Also eine im Kern kleinbürgerliche Deputation, in der das proletarische Element absolut nicht vertreten war.

Feldmann trug die Adresse, als die Deputation sich über den Domshof und Grasmarkt nach dem Rathhause begab.

Ein Zug von mehreren Tausend Bürgern gab das Geleit. An der Hauptwache trat die Bürgerwehr ins Gewehr und salutirte die Vorüberziehenden. Der Senat war im Rathhaus versammelt. Vier Mann von der Bürgerwehr stellten sich am Eingange auf, um nur die Deputation hinauf zu lassen. Indeß war bereits ein Dutzend Bürger oben im großen Saale, allem Anscheine nach radikale Elemente, die die Deputation bestimmten, nicht sich selbst zum Senat zu verfügen, sondern zu verlangen, daß der Senat in corpore auf der Halle erscheine. Der Bürgerwehrposten am Saalaufgange sah sich bald ohnmächtig zu verhindern, daß die Demonstranten den Eintritt erlangten. In kurzer Zeit war der ganze weite Saal von einer dichtgedrängten Menschenmenge angefüllt, so daß nur der Raum frei blieb, auf dem sich gewöhnlich die Plätze des Senats befanden.

Die erste Szene der Adreßüberweisung zeigte wiederum, wie weich der Senat geworden war und wie er Alles zu vermeiden suchte, was die Leidenschaften gegen ihn hätte aufbringen können. Als unter Vorantritt von vier Rathsdienern der Syndikus des Senats Dr. Heinrich Smidt die Adresse in Empfang nehmen wollte, bestand die Deputation darauf, sie wolle die Adresse dem Senat selber überreichen, und in der That kam der Senat dem Verlangen sofort nach: er erschien im Rathhaussaale und nahm am oberen Ende desselben seine gewohnten Sitze ein. Nun erst begann der offizielle Akt. Wischmann richtete eine Ansprache an den Senat, daß er im Namen seiner Mitbürger eine Adresse zu überreichen habe und daß die Bürgerschaft versammelt bleiben werde, bis eine befriedigende Antwort erfolgt sei. Feldmann verlas sodann mit erhobener Stimme die Adresse, und der Präsident des Senats, Bürgermeister Schumacher, nahm sie in Empfang, bemerkte, daß der Senat die Wünsche sofort in Erwägung ziehen werde, und ersuchte die Deputation, bis dahin im Zimmer zu verweilen. Nach einigen beruhigenden Worten Wischmann's an die Versammelten und nach dem Senat ausgesprochenem Dank zogen Senat und Deputation sich zurück. Kurz darauf theilte Wischmann der harrenden Menge mit, der Senat wünsche zwei Stunden Bedenkzeit. Die wurden selbstredend gewährt, wenn auch die Heißsporne nicht fehlten, denen diese Spanne zu viel verlangt schien.

Den Hauptpunkt der Berathungen des Senats dürfte die Suche nach Hinterthüren gebildet haben. Es waren ja noch dieselben Elemente im Senat vorhanden, die in den dreißiger Jahren es fertig gebracht hatten, das Reformwerk über 6 Jahre und 3 Monate hin auszudehnen und schließlich mit einem Opus ans Licht zu kommen, dessen Jämmerlichkeit so

groß war, daß schon während des bloßen Verlesens des Entwurfs viele Konventsmitglieder einfach den Sitzungssaal verließen. Dieselben Leute agirten auch jetzt noch im Senat und ihr Charakter kam in der ersten den Bürgern mitgetheilten Antwort, die eine wahre Zumuthung an die Dummheit war, deutlich zum Ausdruck. Allerdings dürfte das loyale, stets ängstlich nach den überkommenen Gewalten schielende Verhalten gerade Wischmanns dem Senat den Muth erheblich gestärkt haben.

Die Deputirten, so berichtet der alte N. A. Ordemann in seiner „Chronik der Republik Bremen", harrten za. 1½ Stunde, da erschien Bürgermeister Meier mit einem längeren Aufsatze, welcher die Bedenken des Senats gegen eine sofortige Entscheidung der Sache ohne Beirath des Bürgerkonvents enthielt. Bedenken Sie unser Gewissen! sagte Bürgermeister Meier, wir müssen mit dem Konvent verhandeln. Von den Deputirten ward erwidert, daß sie unmöglich auf die Entscheidung des Konvents harren könnten; sie wünschten die Genehmigung des Senats. Andere Mitglieder des Senats, wie Mohr und Duckwitz, ließen sich in Diskussion mit einzelnen Deputirten ein, ohne daß eine Vermittlung darüber, ob der Konvent vorab befragt werden solle oder nicht, zu Stande kommen konnte. Die Deputirten versicherten den Mitgliedern des Senats, daß ihre Comittenten auf das Entschiedenste gegen die Mitwirkung des Konvents seien.

Währenddem wuchs in der Halle die Menge der auf die Entscheidung ungeduldig wartenden Bürger mehr und mehr; die Stimmung wurde von Minute zu Minute erregter und gab sich in höchst lebhafter Weise kund. Der von hunderten von Stimmen wiederholte Ruf: Ruhe! Ruhe! vermehrte nur noch die wachsende Unruhe.

Da erschien, jubelnd begrüßt, Wischmann mit Syndikus Schmidt. Er verkündete: „Der Senat sei seinerseits nicht abgeneigt, die Wünsche der Bürger zu bewilligen, vorab aber müsse derselbe mit dem Konvent Rücksprache nehmen." Der „Weser-Zeitung" zufolge wurde hinzugefügt, der Konvent solle nicht allein aus den gegenwärtig die Konvente besuchenden Bürgern, sondern auch aus einer ebenso großen Anzahl von Unterzeichnern der Adresse bestehen.

Dieser Verzögerungsvorschlag rief aber einen wahren Sturm des Unwillens hervor. Der „Courier" berichtet darüber: „Wir sind der Konvent!" schallte es von allen Seiten, „wir erkennen keinen andern mehr an als uns." Umsonst wurde die Proposition gestellt, daß 50 Mitglieder des bisherigen Konvents und 50 Männer aus der übrigen Bürgerschaft darüber entscheiden sollten. „Nein! wir wollen nicht länger warten!" hieß es, „jetzt wollen wir

Thaten, nicht Worte. Sogleich verlangen wir bündige und unzweideutige Antwort!" Das war jedenfalls der Höhepunkt der Volkserregung, der entscheidend wirkte.

Zugleich wuchs die aufgeregte Stimmung. „Das waren, schreibt weiter der „Courier", nicht mehr die „guten, stillen" Bürger, die seit so vielen Jahren zu Allem geschwiegen und selten gemurrt hatten, das waren „entschlossene Männer", die wußten, was sie wollten, und den festen, unerschütterlichen Willen hatten, es durchzusetzen." Auch die „Weser-Zeitung" konstatirt ausdrücklich, der Charakter der Versammlung habe sich allmälig geändert. Das heißt also: sie war entschiedener in ihrer Haltung geworden, und zweifellos hat das Eingreifen der instinktiv das Rechte fühlenden Arbeiterschaft, deren Spitze die Zigarrenmacher bildeten, sein gutgemessenes Theil daran gehabt. Die „Weser-Zeitung" schreibt noch: „Die Stimmung ward allmählich so aufgeregt, daß es nur mit Mühe gelang, die Menge vom Eindringen in das Sitzungszimmer des Senats, dem sie persönlich ihr Verlangen vortragen wollte, zurückzuhalten." Manch „ehrbarer friedliebender" Bürger soll, nach dem dieser Tage veröffentlichten Berichte eines Achtundvierzigers gerufen haben: „Wir haben lange genug gewartet, laßt uns Gewalt anwenden, auf zu den Waffen!"

Wischmann war der Ansicht, daß bedingungsweise der Konvent zugezogen werden könne. Bedingungsweise! Der kleinbürgerliche Kompromißler, der zum Leisetreter wurde, sobald er die Ehre hatte mit dem Senat zu unterhandeln, trat nackt in dieser gefährlichen Ansicht zu Tage. Der eine Tag Konventsluft, den er einmal geathmet, schien es ihm mächtig angethan zu haben. Er stand offenbar unter dem Einfluß des ihn seiner Volksbeliebtheit und seiner tüchtigen rednerischen Eigenschaften wegen nicht aus dem Auge lassenden Bürgermeisters Joh. Smidt. Aber der Konvent war in der Bevölkerung so verpönt, daß der bloße Name schon den Zorn aufflammen ließ; interessant ist in dieser Hinsicht eine Bemerkung des „Courier", der sich gleichsam bei seinen Lesern zu entschuldigen für nöthig befand, daß er den Namen „Konvent" in einem Artikel mehrere Male gebraucht habe; der Name müsse fortan „mit dem echt deutschen Ausdrucke Bürgerversammlung" vertauscht werden.

Wischmann kehrte also unverrichteter Sache ins Senatszimmer zurück. Jetzt sah der Senat ein, daß es höchste Zeit sei, sein Zögern aufzugeben. Weiteres Weigern hieß die ganze Position aufs Spiel setzen. Aber auch jetzt noch gab er seine Waffen nicht bedingungslos dem Ueberwinder in die Hände. Er hielt sich immer noch eine Hinterthür offen, wenn das auch im Sturme der Erregung wenig bemerkt wurde.

Die Deputation kehrte bald mit folgendem Bescheide des Senats zurück:

„Der Senat genehmigt **seinerseits** die ihm heute vorgetragenen Wünsche alle und wird zu ihrer sofortigen Ausführung die nöthigen Einleitungen treffen".

Also blos „seinerseits"! Damit war abermals der Konvent ins Auge gefaßt, wenn auch der verhaßte Name schlauerweise nicht gebraucht wurde. Die Erklärung ward indeß erst, als sie schriftlich herausgebracht wurde, mit lautem Jubel aufgenommen. Aber es gab glücklicherweise auch Leute, die einsichtig genug waren, daß auch ein geschriebenes Wort keine Sicherheit biete. Und so erscholl selbst jetzt noch der Ruf nach weiteren „Garantien". Man forderte, der Senat solle selbst die Zusage wiederholen. Auch dazu fand sich der Senat bereit. Die Thüren des Sitzungszimmers wurden geöffnet und der Präsident des Senats trat, von mehreren seiner Kollegen begleitet, unter die Bürger, die sich ehrfurchtsvoll „mit entblößtem Haupte freudig grüßend um ihn drängten."

Der Senatspräsident ward ersucht, vom Balkon herab der draußen versammelten Menge die Entschließung mitzutheilen; er antwortete: „Meine Herren, ich bin ja nicht Ihr Fürst!" Als ob das ein fürstliches Vorrecht gewesen wäre! Und als ob weiterhin der bremische Senat weniger absolutistische Manieren gehabt hätte als die gekrönten Häupter, die in jenen Tagen zitterten! Der geriebene Bürgermeister Smidt faßte die Bürger bei ihrem bremischen Kirchthurmsstolz und traktirte sie vom Balkon herab mit der erhabendunklen Phrase: „Bremen wird sich nicht verlieren, wenn es sich selber treu bleibt."

Die Deputirten waren schon vorher auf die Galerie hinausgetreten und verkündeten leichtsinniger Weise dem auf dem Marktplatz versammelten Volke: „Alles ist angenommen!"

Die ruhige Ueberlegung wurde erstickt in betäubenden Hochs und Hurrahs auf den Senat, auf Wischmann, auf die Freiheit usw. Alles rief: Illumination! Illumination! Wischmann wurde im Triumphe vom Rathhause nach den Stufen des Roland geleitet. Vor dem alten Wahrzeichen stadtbremischer Gerichtsbarkeit stehend, richtete der Gefeierte, über dessen Volksmannsthum man sich damals noch keine klaren Begriffe machte und machen konnte, noch einige Worte an die Menge, die ihm ein herzliches Hurrah brachte und ihn dann über den Domshof geleitete. Abend brachte ihm der Sängerbund noch eine Serenade und das hanseatische Musikkorps eine Nachtmusik.

Die Illumination verlief glänzend. Die Obernstraße, der Markt, der Domshof sollen sich besonders gut ausgenommen haben. Die Kerzendemonstration war allgemein, auch die ärmsten Theile der Bevölkerung stellten einige Lichter vor das Fenster. Anhänger des alten Systems, die Großkaufmannschaft vor Allem, mögen sich mit Widerwillen an der Illumination betheiligt haben, aber sie thaten es doch, um keine feurigen Kohlen auf ihr Haupt zu sammeln. Wie man in Wirklichkeit über das Ereigniß des Tages dachte, das erhellt aus einigen kleineren Vorkommnissen, die wir nicht übergehen wollen.

So wird berichtet: Bei der Illumination stand ein hochnasiger Patron bei der Börse und sagte: „Na, die Kinder freuen sich, daß ihnen ein Spielzeug bewilligt worden ist, mit dem sie doch nicht umgehen können." „Teef, Du Austernfräter", sagte ein ehrlicher Arbeitsmann ärgerlich, „wat deist Du denn hier twuschen Kinner?" Und schwapp hatte er einige Ohrfeigen weg, die eben nicht lieblich schmeckten. Noch ein anderes Bildchen theilte der „Courier" mit: „Nun, der Pöbel hat ja endlich gesiegt!" sagte ein bisher im Staate vielbedeutender Mann in Gegenwart mehrerer Bürger. „Mein Herr!" sagte ein wackerer Bürger, „schämen Sie sich, dergleichen zu sagen. Unter dem, was Sie Pöbel nennen, sind mehr rechtliche kluge Leute, als unter denen, die sich wegen ihres Geldes berufen glauben, ihre ärmeren Mitbürger zu verachten."

Das war der 8. März, der große Tag der bremischen Volkskraft, und im Rausche, unter dem Eindruck dieses Tages hatte man große Rosinen im Sack. Der „Courier" rief aus: „Der 8. März muß als ein Hauptfesttag ewig für Bremen beibehalten werden. Er ist noch wichtiger und denkwürdiger wie der 18. Oktober, besonders für uns Bremer. An diesem Tage muß Morgens die Bürgerwehr (nicht das Militär) auf dem Markte aufziehen, und ein ächt deutsches Lied singen. Abends muß Illumination Statt finden. Denn ein Tag, an dem wir unsere heiligsten, theuersten Güter wiedererrangen, muß in Ehren gehalten werden."

Ja, das waren großtönende Worte. Aber ein Jahr später sah das Bild schon anders aus. Der „Courier" sah wohl ein, weshalb man den errungenen Erfolg hatte einheimsen können: weil nämlich der Bürger gleich durchgegriffen und die Sache nicht erst lange an den „verwünschten Deputationsnagel" gehängt habe. Aber wie dieses Blatt, so scheint man allgemein nicht eingesehen zu haben, daß der Erfolg, so groß er immer zu sein schien, doch nicht ein ganzer Erfolg war. Man war auf halbem Wege stehen geblieben. Man hätte vor dem „hohen" Senat

nicht mit dem Hut in der Hand Halt machen dürfen, sondern ebenso gut, wie man vom Konvent nichts wissen wollte, auch den Senat seines Amtes entheben und dieses Amt in die Hände einer Bürgerkommission legen müssen. Vier Jahre später wagte man es, den Senat für abgesetzt zu erklären, aber erstens blieb man auch damals, indem man die Regierungsgewalt nicht sofort in die Hände einer von der den Absetzungsbeschluß fassenden „Bürgerschaft" eingesetzten neuen Behörde legte, auf halbem Wege stehen, und zweitens war es damals, wo man keine Stütze in der längst niedergeschlagenen Revolution im übrigen Deutschland mehr hatte, überhaupt zu spät.

Man beging in den Tagen der revolutionären Flitterwochenfreude die schwersten Fehler. Selbst demokratische Elemente brachten es fertig, die Errungenschaft des 8. März nicht, wie es sich gebührte, der in Einmüthigkeit starken Kraft der Bevölkerung zuzuschreiben, sondern sie als eine Art von der Güte des Senats in den Schooß geschütteltes Almosen hinzustellen. Selbst der damals radikal-demokratisch die Aermel aufkrempelnde „Courier" nahm an dieser Thorheit theil. Er bekämpfte die „Aristokraten" Bremens, also den Großbesitz, mit anerkennenswerther Derbheit und Geradheit, aber dem Senat, der stärksten Stütze, der Säule der politischen Macht jener „Aristokratie", brachte er Ovationen dar. So finden wir in seiner Nummer vom 19. März 1848 ein Gedicht, betitelt „Der Bremer Freiheits-Lied", verfaßt von E. Stolberg, in dem es heißt:

Den hohen Rath in unserm Staat,
Hoch, laßt ihn Alle leben!
Er hat uns jüngst in Wort und That
Der Freiheit Gut gegeben.
Ihm laßt uns dafür dankbar sein,
Und würdig dieser Huld uns freun.

Die Bremer litten eben, wie zum Theil auch heute noch, am Senatskoller. Die kleinbürgerliche Färbung der Bewegung macht diese Haltung zwar durchaus erklärlich, aber damit bohrten sich die Reformer in der Stunde des Erfolges den Pfahl ins Fleisch, und an dieser Anfangs gar nicht bemerkten Wunde eiterte dann die Errungenschaft des 8. März bis auf wenige Reste wieder zu Tode. Zwar langsam, aber sicher! Es ging eben wie überall: die bisher nicht privilegirten Schichten des namhafteren Besitzes trugen die Erfüllung ihrer Wünsche davon und den Massen, durch deren thatkräftiges Eingreifen ihnen dieser Erfolg ermöglicht wurde, wurde das Erkämpfte so gut wie ganz oder überhaupt ganz und gar wieder genommen.

V.

Als nach Verlauf eines Jahres — am 21. Februar 1849 — in der Bürgerschaft die Frage der öffentlichen Feier des 8. März zur Debatte stand, äußerte der mit der Opposition gehende Theodor Bastian: „Wir haben 1830 ja ebenfalls dies erreichen wollen, was wir am 8. März erreicht haben. Aber damals haben wir nicht im edlen Sinne des Worts Revolution machen wollen. Das war unser Unglück; wir sind leise aufgetreten, wie der Deutsche gern thut. Darum haben wir nichts erreicht." Das war ein dem Erfolge des 8. März auf den Grund gehendes Wort. Aber was man am 8. März gethan, wozu die Stimmung der Massen gezwungen hatte, die Unmöglichkeit der Leisetreterei und krähwinkelhafter, sich von vornherein selbst um den Erfolg der That betrügender Langsamkeit, all das war zum Guttheil Strohfeuer gewesen, und von den am 8. März gedrängten Führern der Bewegung, denen mit diesem Tage die Macht der Popularität in großem Maße zugefallen war, erwies sich schon am nächsten Tage die gefeiertste Person als Ausbund eines senatsbuckelnden Leisetreters. Wischmann wurde die Brücke zwischen Senat und oppositioneller Bürgerschaft und er wurde mehr eine Art Vertrauensmann des Senats als seiner Parteigänger. Bei ihm erforschte der Senat die Stimmung seiner Gegner und mit ihm zusammen kartete der Senat seine weiteren Schritte in Sachen der Reform ab.

Man fing jetzt lebhaft an, die Art der Reform zu diskutiren. An Köpfen, die darüber eine einigermaßen klare Meinung hatten, waren die Reihen der Reformer nicht besonders reich. Feldmann und Kotzenberg waren einstweilen die Tüchtigsten, der Pastor Rudolph Dulon aus Magdeburg erschien erst Anfang April zum ersten Male auf dem bremischen Schauplatze und der Kaufmann Johannes Rösing war einstweilen noch außer Kurs. Aber er griff doch sofort wieder in den Kampf ein. Sein erstes Lebenszeichen gab er in einer am 7. März verfaßten Zuschrift an den sanften „Bürgerfreund", eine alteingebürgerte Wochenschrift.

Rösing war ein echter standfester bürgerlicher Radikaler der vormärzlichen Periode, ein Mann von tüchtigen Kenntnissen in Geschichte und Politik und vor Allem ein Mann des offenen Worts. Er griff bremische Behörden muthig an und lud mit seiner Abneigung, über Schäden zu schweigen, den furchtbarsten Haß der herrschenden Klasse auf sich. Im März 1842 hatte er den bremischen Staub von den Schuhen geschüttelt, er war nach Paris ausgewandert, aber es währte nicht allzulange und er kehrte zurück. Eine Druckschrift gegen das bremische Kriminalgericht ließ den

Haß seiner Feinde aufs Neue aufflammen. Man untergrub in gemeinster Weise den Kredit seines Hauses in Bremen sowohl als im Auslande. Im September 1847 mußte er, von unerwarteten Schlägen getroffen, seine Zahlungen einstellen, und wenn er auch Alles that, seinen kaufmännischen Verpflichtungen nachzukommen, so war er doch einstweilen wieder in den Hintergrund gedrängt. Er war seit seinem Eintreten 1830 für die bürgerliche Freiheit in schimpflichster Weise verleumdet worden, aber er blieb doch stark und, wie er selber im „Bürgerfreund" schrieb: „das Bewußtsein, daß einzig und allein ein allzugroßer Glaube an die Menschheit, an Ehrenwort und heilige Versicherungen, wovon ich viele Belege aufzuweisen habe, meinen Sturz bewirkt hatte, gab mir Trost und Muth."

Am 7. März griff er durch den erwähnten im „Bürgerfreund" abgedruckten Artikel aufs Neue in den Kampf ein. In schärfster Weise zog er gegen die Verfassung zu Felde. „Ist nicht Bremens Verfassung der Art, daß sie, buchstäblich genommen, fast jeden, der sie beschwört, zum Meineidigen macht!" rief er aus. Und ehe noch die Führer des Bürgervereins ihre Forderungen der Oeffentlichkeit übergeben hatten, stellte er das Programm zusammen: „Bremen bedarf ohne Verzug unbedingte Preßfreiheit, gleiche Rechte und Vertretung aller Staatsgenossen, nicht allein der Stadt und der Vorstädte, sondern auch des Gebiets, Einschränkung des kostspieligen Militärs und des Senats, freie Wahl der Mitglieder des Senats und des Kollegiums der Aelterleute durch die Bürger, größere Sparsamkeit im Finanzwesen, Trennung der Justiz von der Verwaltung, eine allen Staatsgenossen mehr als bisher zusagende Gestaltung der Aemter und Zünfte, Aufhebung der Sperre, eine Aenderung des bisher zu sehr die Reichen begünstigenden Abgabesystems, ein Geschworenengericht, sofortige Mitwirkung zur Errichtung eines deutschen Parlaments und Vertretung des Volkes am Bundestage." Und weiter rief er aus: „Ohne Garantie kein Vertrauen an die Regierer, kein Glaube an bloße Versprechungen und darum Volksbewaffnung zur Erlangung bürgerlicher Rechte, zur Sicherung des Eigenthums und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Deutschlands Wahlspruch sei nicht mehr „Gott mit uns für Fürst und Vaterland," sondern „Gott mit uns fürs Volk und Vaterland." Der Artikel erschien erst am 9. März, er griff also in die Ereignisse des 8. März nicht mehr ein, aber er hat nichtsdestoweniger Werth und die Lehren über die Verfassungsreform, die Rösing in weiteren

Nummern des „Bürgerfreund" gab, zeigen uns ihn als einen Mann, der da wußte, was ein Demokrat zu wollen hatte.

Einstweilen aber war Rösing noch außer Kurs, und es ist auch ein Charakteristikum der Bremer Spießbürgerei, daß für ihn, der ehedem zwangsweise aus dem Konvent entfernt worden war, der mehrfach für seine Ueberzeugung hinter Gefängnißgittern hatte dulden müssen, noch am 19. März im „Courier" ein Bürger auftreten mußte, fordernd, man solle ihn in den Bürgerverein als Mitglied aufnehmen. Man war ihm, den die Geldsackskasse bodenlos verleumdet und geächtet, offenbar aus dem Wege gegangen, um nicht selber in Verruf zu kommen. Wahrhaftig, dieser Mann hätte es verdient, daß man ihm in erster Linie sofort am 8. März mindestens dieselben Ehrenbezeugungen zu Theil werden ließ, die Wischmann gespendet wurden! Aber diese Pflicht der Dankbarkeit kannte man nicht, und von einem ernstlichen, nachhaltigen Bürgertrotz wider den großen Geldsack und den Senat, der in einer Demonstration zu Gunsten Rösing's sich trefflich hätte äußern können, war ja eben leider nicht die Rede. Den sollten die Ereignisse erst noch entwickeln, und je mehr das geschah, um so lebhafter vermochte Rösing, der sich auf den neben dem Bürgerverein gegründeten „Demokratischen Verein" stützte*), in den Kampf einzugreifen. Das Wachsthum der Stärke seiner Position kann als ein Gradmesser des Wachsthums der politischen Einsicht und Energie der Bremer betrachtet werden.

Während so die Opposition publizistisch zunächst nur mit geringen Kräften in den Kampf eingreifen konnte, geschah das von reaktionärer Seite vom ersten Tage an. Die „Weser-Zeitung" begrüßte „mit Freuden" das Ergebniß des 8. März. Es sei das erste Prinzip eines jeden Staatswesens: gleiche politische Berechtigung aller Staatsbürger. „Klarheit und Wahrheit" sei in die öffentlichen Angelegenheiten gebracht. „An der öffentlichen Ueberreichung der Adresse an den Senat, an den dabei vorgekommenen Demonstrationen

*) Der „Demokratische Verein" trat am 21. Juli 1848 ins Leben. Er nahm unter Rösings Präsidentschaft einen bedeutenden Aufschwung. Er war radikaler als der von Wischmann beherrschte Bürgerverein. Sein Ziel war, die Reaktion zu bekämpfen, „damit nicht durch Reaktion die eben so verderbliche Anarchie, welche Kommunismus im Auge hat, aufkeime." Dem „Demokratischen Verein" gehörten viele Arbeiter an und unter ihnen gewann der im September im Vereine erscheinende kommunistische Maler G. A. Köttgen, zugleich ein tüchtiger Redner, viel Anhang. Durch diesen Verein wurden die ersten Keime geweckt, die später nach dem Jahrzehnt der Reaktion unter dem erfrischenden Lenzwinde der Lassalleschen Bewegung so schnell zu einem starken Baum der Sozialdemokratie emporgediehen.

und lebhaften Meinungs- und Willensäußerungen wird nur der, welcher so an die Stubenluft unseres politischen Lebens gewöhnt ist, daß er gleich von jedem freien Luftzuge eine Erkältung besorgt, Anstoß nehmen können. Im Gegentheil ist es ein Segen, daß auch unsere Atmosphäre von den Frühlingsstürmen, die über Deutschland hinwehen, mit erquickt und geläutert wird." So schrieb die „Weser-Zeitung" am 10. März. Gleichzeitig aber erklärte sie, die Umgehung und ausdrückliche Verwerfung des Bürgerkonvents gehe über den Buchstaben des Gesetzes hinaus. „Indeß — fügte sie hinzu — ist der Konvent auch nur für den Augenblick umgangen." Die neue Verfassung selbst werde nicht anders als durch das Zusammenwirken der beiden gesetzgebenden Gewalten, des Senats und der durch die Berufung Aller erweiterten Bürgerschaft gefunden werden können. Die Verfassung solle nicht umgestürzt, sondern vielmehr nur erweitert werden. „Der Wagen soll nicht abgebrochen, er soll nur in schadhaften Stellen gebessert und vor dem Brechen bewahrt werden."

Die „Weser-Zeitung" verstand sich auf Klänge einer zwar schöntönenden, aber doch ganz leibhaftig-echten Fortschrittsbremse. Sie hatte zweifellos intimste Fühlung mit dem Senat. Der Artikel, von dem wir hier Proben gegeben haben, nimmt sich angesichts der in den nachfolgenden Zeiten eintretenden Entwicklung der Dinge wie vom Senat inspirirt aus.

Geradezu verdächtig klingen die weiteren Ausführungen, die sich auf die Verfassungsreform beziehen. Da heißt es zunächst: „Es ist eine ruhigere Stunde abzuwarten, um nur die wesentlichen Punkte, die dabei zu berücksichtigen sind, ins Auge zu fassen." Und dann folgt ein Hinweis darauf: die Hauptsache bleibe, daß Bremen eine in Wahrheit republikanische Verfassung erhalte. Und nun folgt eine verzwickte Darlegung, daß in der Republik dem Prinzip nach jeder Bürger das Recht besitze, sich selbst zu repräsentiren, während in der konstitutionellen Monarchie mehrere aus freier Wahl Aller hervorgegangene Vertreter die Repräsentation der Gesammtheit der Bürger zu übernehmen hätten. Wolle der Bürger der Republik dieses System einführen, so entäußere er sich des ihm zustehenden Rechts der Selbstrepräsentation, er gebe durch die Vertretung etwas auf. Besonders weist dann der Artikel noch darauf hin, der Senat bestehe ja auch aus einer „bestimmten Anzahl von gewählten Vertretern der Bürgerschaft", und dieser Hinweis bezweckt nichts anderes, als den bremischen Bürgern nahe zu legen, daß sie ja eigentlich schon das besäßen, was die Bürger der bis dahin absoluten Monarchien jetzt erst forderten. Die „Weser-Ztg." — das ist der Sinn ihres Artikels — versucht die Bürger abzuschrecken,

eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertretung in Bremen einzuführen, sie plädirt, natürlich ohne es direkt auszusprechen, für nichts anderes als Beibehaltung der bisherigen Methode, den Bürgerkonvent vom Senat ernennen zu lassen, denn das war das System, das dem Buchstaben nach jedem Bürger die Anwartschaft gab zur Repräsentation berufen zu werden. Ihr Ideal war jedenfalls lediglich eine Erweiterung und der Willkür entkleidete Berufungspflicht, die dem Senat bezüglich der Zusammensetzung des Konvents auferlegt werden sollte. Und sie hatte ja auch schon wenige Tage zuvor sich gegen eine demokratische Repräsentativverfassung ausgesprochen.

Vertrauen! Vertrauen zum Senat! Das war das dringende Mahnwort des Blattes der Kaufmannschaft. Nach außen hin aber war das Blatt radikal. Der deutschen Bundesverfassung blies es ganz andere Trompetentöne ins Gesicht. Da schrieb es gar am 12. März: „Durch Leiden haben wir gelernt. Wir haben gelernt, vor Allem zu mißtrauen.“ Da rief es den „Männern des Volks in den süddeutschen oder überhaupt in den konstitutionellen deutschen Staaten“ zu, das mit rascher Hand ergriffene feste Band zu halten und nicht zu lassen, und den „Mächtigen“ rief das Blatt zu, sie möchten, wenn sie jetzt den dankenden Jubel hörten, nicht wähnen, daß die Dankbaren und Frohlockenden sich nachher das Errungene allmälig leise wieder entwinden lassen würden. In diesem Artikel handelte es sich um die Kritik der vom Bunde bewilligten Preßfreiheit, von der die „Weser-Zeitung“ fürchtete, sie werde durch die noch ausstehenden „Garantien“ hinterdrein wieder vernichtet werden. So also schrieb das Blatt des Großkapitals. Es hatte in Wahrheit zwei Seelen: liberal in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten, reaktionär hingegen in Allem, was Bremen anbetraf, nur daß sie das Reaktionäre in einen Schwall von Worten oder in stillschweigende Duldung des der Volkssache Gefährlichen einhüllte. Ganz wie sie heute noch verfährt.

Der Senat beeilte sich, den Bürgern eine schriftliche Antwort zu geben. Am 9. März schon beschloß er eine am folgenden Tage veröffentlichte „Obrigkeitliche Bekanntmachung,“ in der zunächst die Forderungen der Bürger aufgezählt sind und dann die Sätze folgen:

„Der Senat hat diese Wünsche seinerseits genehmigt und die nöthigen Einleitungen zu ihrer sofortigen Ausführung verheißen.

Der gegebenen Zusage getreu, wird er daher zunächst in den ersten Tagen der kommenden Woche die Bürgerschaft versammeln und dieselbe durch Zuziehung von mindestens hundert bisher nicht eingeladener Bürger aus Stadt und Vorstadt, namentlich aus der Zahl der Antragsteller, verstärken.

Diese Versammlung wird lediglich dazu gehalten werden, um
1. der Bürgerschaft die dem Senate eingereichte Vorstellung nebst seiner Erwiderung vollständig mitzutheilen und
2. dieselbe aufzufordern, einige Bürger zu wählen, mit deren Zuziehung der Senat für die jetzt erforderlichen Wahlen in den Kirchspielsversammlungen das Nöthige veranstalten wird, damit jedenfalls vor Ablauf dieses Monats zu solchen Wahlen geschritten werden kann.

Der Senat glaubt durch diese offene und unumwundene Erklärung seinerseits Alles gethan zu haben, was für den Augenblick geschehen kann, und wird sich unausgesetzt bemühen auch zur Erfüllung der übrigen Wünsche, namentlich in Betreff der Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Bürgerschaft, wozu bis jetzt die nöthige Einrichtung noch nicht hat getroffen werden können, das Erforderliche eintreten zu lassen. — Er erwartet aber zugleich von der Einsicht seiner Mitbürger, daß sie ihn in seinen redlichen Bemühungen um das Wohl unseres theuern Freistaats unterstützen, und vertraut im Uebrigen zu dem Allmächtigen, daß Er uns seine schützende Hand nicht entziehen werde.

Beschlossen Bremen, in der Versammlung des Senats vom 9. März und bekannt gemacht am 10. März 1848.“

Die verpönte Bezeichnung „Bürgerkonvent“ ließ der Senat also fallen, er brauchte mit auffallender Konsequenz den unanstößigen Namen „Bürgerschaft“ und zu dieser Schonung der Gefühle des bremischen Volkes fügte er mehrfache Betheuerungen, daß er „unausgesetzt“ und „redlich“ sich bemühen wolle, den Wünschen der Bürger nachzukommen. Ob die Senatorensippe unter dem „Uebrigen“, desbezüglich sie zu dem Allmächtigen vertraute, das gerade Gegentheil dessen verstanden hat, was sie vorher zu thun versprochen, darüber sind leider keine Memoiren geschrieben worden. Vermuthlich wirds aber wohl an dem gewesen sein.

Die Bürgerschaft sollte sich also sofort versammeln und die Kaufmannschaft drängte auch darauf, die Ungewißheit der politischen Lage mußte ihr aus wirthschaftlichen Gründen sehr unbequem sein. Die „Weser-Zeitung“ spielte sogleich wieder das Senatshänschen vorn im Stall. Sie meinte, das erforderliche provisorische Wahlgesetz könnte am einfachsten vom Senate ausgehen, fügte allerdings, um die Karten, die sie spielte, nicht gar zu offen auf den Tisch zu breiten, hinzu, es würde dem Herkommen und den Wünschen besser entsprechen, wenn der Senat, anstatt diese Anordnung einseitig zu erlassen, sich mit einer Deputation der Bürgerschaft in Verbindung setze und sich über die zur Verwirklichung der allgemeinen Wünsche erforderlichen Einleitungen mit Männern des öffentlichen Vertrauens — ja so schrieb sie! — verständige.

Der „Mann des öffentlichen Vertrauens“, den der Senat zu seiner nächsten „Verständigung“ sich erkor, war Wischmann.

Seine Meinung, daß der Konvent nicht übergangen werden dürfe, war ein günstiger Ansatzpunkt. Hören wir die „Chronik"! Sie berichtet: Obgleich sich am Nachmittag des 8. März der Widerwille gegen eine Mitwirkung des Konvents bei der Reform so unzweideutig kund gegeben hatte, versuchten doch die Mitglieder des Konvents die Wortführer der Partei des Bürgervereins zu überzeugen, daß die Mitwirkung des Konvents nothwendig sei. Schon am 9. März früh nahm Aeltermann Heye deshalb mit Wischmann Rücksprache. Letzterer war, wie bereits erwähnt, schon Tags vorher der Berufung des Konvents nicht abgeneigt gewesen und hielt sie nach Heye's Auseinandersetzung auch für nothwendig. Dr. Wilhelm Gröning — eine Katzennatur, der Typus der damaligen Privilegirten — kam den nämlichen Morgen zu Wischmann und sprach die Ansicht aus, daß eine Berufung des Konvents, um über die vom Senat bereits genehmigten Wünsche zu beschließen, nicht mehr stattfinden könne. Wischmann aber blieb dabei, daß der Konvent berufen werden müsse, damit die Reformbewegung vollkommen auf gesetzlichem Boden bleibe.

Am Abend desselben Tages hatten mehrere hervorragende Mitglieder des alten Konvents mit den Männern des Bürgervereins eine Zusammenkunft bei Haake in der Ausgarithorstraße, um sich über den demnächst stattfindenden Konvent zu vereinbaren. Die Einigung fand statt; in einer am Abend darauf im Saal der Börsenhalle verlesenen Erklärung verpflichteten sich zirka 200 Mitglieder des alten Konvents, in der nächsten Sitzung den vom Senat bereits genehmigten Anträgen der Petition vom 8. März zuzustimmen.

Im Zusammenhang mit diesen Vorberathungen und Parlamentirungen erschien am 10. März die schon erwähnte „Obrigkeitliche Bekanntmachung" des Senats. Der Konvent also geberdete sich in seiner Majorität volksfromm und der Senat richtete seine Neuberufungen nach dieser Stimmung, die das beste Mittel war, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, ein. Er berief zu der auf den 14. März angesetzten Konventssitzung 200 frühere Mitglieder und außerdem 200 andere Bürger, zumeist Mitglieder des Bürgervereins.

Die Konventssitzung vom 14. März war die denkbar kürzeste. Anrede des Senats und Antwort der Bürgerschaft waren vorbereitet. Völlig formell und ohne jedes anregende Moment verlief die Zusammenkunft. Die Anrede des Senats, mit einem schönen „Geliebte Mitbürger" beginnend, hielt es für selbstverständlich, daß die bestehenden Verwaltungen einstweilen in der bisherigen Art ihren Fortgang nehmen müßten, und die Bürgerschaft verlor kein Wort darum, statt sofort eine

Kontrollkommission für die einzelnen Ressorts zu ernennen. Der Senat forderte sodann auf, etwa achtzehn Mitglieder der Bürgerschaft zu erwählen, mit deren Zuziehung er für die nach Kirchspielen der Stadt wie des gesammten bremischen Staatsgebiets zum Zweck der künftigen Vertretung vorzunehmenden Wahlen das Nöthige veranstalten werde. Auch darauf war man vorbereitet. Die vom Aeltermann Tiersch verlesene Antwort der Bürgerschaft schlug die 18 Bürger Diedr. Albers, Joh. Bley, Wilh. Brandt, Dr. Donandt, J. A. Dröge, W. Eisenhardt, C. F. Feldmann, Aeltermann Heye, J. A. Hobach, H. W. A. Kotzenberg, J. F. Lehmkuhl, D. Motz, Emil Meyer, J. G. Meyer, J. H. Schröder, C. D. Seemann und Wischmann vor. Der Senat seinerseits ernannte aus seiner Mitte: Bürgermeister Meier und die Senatoren Gildemeister, Heineken, Mohr und Duckwitz.

VI.

Ueber die Berathungen dieser Kommission ist etwas Offizielles nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen. Schade! Denn sicherlich ist es dabei zu charakteristischen Auseinandersetzungen gekommen, deren Kenntniß unserer Darstellung sehr nützlich sein könnte. So müssen wir diesen Punkt übergehen. Der Wahlmodus, den die Kommission festsetzte, scheint allgemein befriedigt zu haben, er wird in der zeitgenössischen Presse als echt freisinnig bezeichnet. Als aber die Wahlen stattfanden, ersah man an der relativ geringen Zahl der zur Wahl Erschienenen, daß ein Passus in dem Wahlmodus war, der einen reaktionären Anstrich hatte. Diejenigen nämlich, die wählen wollten, mußten sich vorher einzeichnen lassen und nicht etwa wurde seitens der Behörde ein Verzeichniß der Wahlberechtigten aufgestellt. Die Wahlordnung schloß — das war ihr schlimmster Pferdefuß — alle diejenigen von der Wahl aus, die nicht den Staatsbürgereid geleistet hatten, also alle die fremden Arbeiter, die den damals ganz kolossalen Betrag, den die Erwerbung der Bürgerschaft forderte, nicht erschwingen konnten. Aber daran nahm niemand von den Eingesessenen Anstoß, wir sehen die Arbeiter ja sogar noch auf dem Standpunkt, alle zugewanderten Elemente wirthschaftlich möglichst zu boykottiren. Die Wahl war sonst für die Staatsangehörigen völlig gleich, Klassenwahlen gab es nicht, und sogar diejenigen, welche Armenunterstützung empfingen und keine direkte Abgabe entrichteten, waren nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten wurde auf 300 festgesetzt. Jeder konnte soviel Kandidaten wählen, als für das Kirchspiel, in dem er wohnte, festgesetzt waren. Der Senat war immer noch fromm und bescheiden, er ließ sich und die

Syndici vom Wahlrecht ausschließen. Vielleicht allerdings war das weniger Bescheidenheit als Berechnung, vielleicht wollte man dem demokratischen Bewußtsein keine Gelegenheit geben, angesichts der Gleichsetzung der Senatoren mit den Bürgern über die bisher aus dem Gefühl heraus, daß der Senat denn doch etwas Besonderes sei, erwiesene Ehrerbietung anderer, weniger devoter Ansicht zu werden.

Der Beginn der Wahlen zur konstituirenden Bürgerschaft wurde auf den 27. März festgesetzt. Viel Zeit zur Propaganda blieb also nicht. Darnach begehrte man aber auch nicht. Die Taktik der herrschenden Kaste hatte sich glänzend bewährt. Durch ihr Entgegenkommen war es ihr gelungen zu verhindern, daß politische Gegensätze irgendwie kraß in die Erscheinung traten. Vertrauen herrschte, und wo etwa ein Mitglied der begüterten Klasse sich nach unten hin protzig benahm, da wies man solche Anmaßung wohl scharf und deutlich in ihre Schranken zurück, indem man betonte, daß in der freien Republik Jeder so viel werth sei wie der Andere, aber soweit war man noch nicht, daß man für sein politisches Verhalten daraus ernste Lehren gezogen hätte. Durch volksthümliches Gebahren von Angehörigen der besitzenden Klasse ließ man sich vollständig einwickeln. „Die Schlagwörter des Tages erklangen von den reaktionärsten Zeitungen, die Konservativsten nannten sich gemäßigte Demokraten." Parteien konnten unter diesen Umständen nicht entstehen, und so gab es denn auch wirklich weder eine konservative, noch eine demokratische Partei.

Die besitzende Klasse nutzte diesen idyllischen Frieden weidlich zu ihren Gunsten aus. Sie wies darauf hin, daß zu dem Vertreteramt vor allen Dingen Intelligenz gehöre. In der Neustadt rieth einer, der sich selbst gleichzeitig als den Besten empfahl, offen, nicht zu viel Handwerker zu wählen, denn von diesen könnten die meisten ja nicht einmal richtig deutsch sprechen und doch werde Alles, was sie sprächen, gedruckt. Und nicht allein das, sagte ein Anderer, sondern was gesprochen werde, berichte auch der elektrische Telegraph weiter und man müsse sich dann ja schämen, wenn man so schlechte Redner hätte. Die beiden Leute wurden in jener Versammlung allerdings unter Entrüstung zu Bett gebracht. Aber solche Darlegungen mögen doch manch einfachen, schlichten Mann abgeschreckt haben, sich zur Wahl stellen zu lassen. Und die Opposition fühlte selber, daß sie im Punkte der Intelligenz überaus schwach sei. Der „Courier" meinte, es werde schwer genug werden, 30 selbstständige, tüchtige Bürger aus der Mitte der Opposition zu entsenden. Die einstweilen verkappt einherschleichenden

Reaktionäre aber wußten ihren Vortheil zu wahren. Sie setzten z. B. in einem Kirchspiel ein Komitee ein, das eine Liste der Wahlkandidaten aufstellen sollte. Der Berichterstatter des „Courier" theilte darüber mit: „Wie ich die Namen der Komitee-Mitglieder las, wußte ich schon im Voraus, welche Männer man vorschlagen würde. Eine herrliche Liste, überhäuft mit Namen von guten Bürgern, unter denen nur hin und wieder ein Mann von der Linken figurirt. O ihr seid klug und weise! Einige Bürger aber, denen diese Liste sehr mißfiel, beriefen eine zweite Versammlung und in dieser wurden viele Namen aus der alten Liste kassirt und durch Namen von Männern ersetzt, die den Geist der Zeit besser begriffen hatten." Auch auf dem Lande war die besitzende Klasse emsig um ihr Interesse bemüht. In Walle trat ein Gutsbesitzer auf und sagte: „Wählt ja vorsichtig, damit nicht der kleine Mann die Oberhand bekommt!"

Die Unklarheit über die Wichtigkeit des Wahlakts ergab sich, abgesehen davon, daß nur 6000 Wähler sich hatten einzeichnen lassen, auch aus der Thatsache, daß die Stimmen sich auf zahllose Kandidaten zersplitterten. Im Kirchspiel St. Ansgarii schlug man zur Wahl von 25 Vertretern 134 Kandidaten vor. Im Kirchspiel St. Stephani hatten von 44 Gewählten 25 nicht die absolute Mehrheit der Wähler auf sich vereinigt, und das nämliche Resultat ergab sich bei fast allen Wahlabtheilungen.

Die Reaktionäre waren guter Stimmung. „Einen Daumen haben wir schon! Die Hand wollen wir auch schon kriegen," äußerte in den Tagen der Wahlvorbereitung einer von ihnen und der „Courier" konstatirte am 30. März, viele von denen, die in den ersten Tagen nach dem 8. März verlegen und kleinmüthig dreingeschaut, träten bereits wieder stolzer auf und hofften, noch viel wieder gewinnen zu können.

Als die Wahlen vollzogen waren, ergab sich, daß zirka 100 Konservative und za. 50 Demokraten gewählt waren. Von den übrigen 150 stand zunächst noch nicht fest, welche politische Stellung sie einnehmen würden. Und das war kein glänzendes Resultat. Man hatte eben zumeist Namen und nicht nach dem Prinzip gewählt. Johannes Rösing befand sich nicht unter den Gewählten. Im Ansgariikirchspiel errangen die Handwerker einen vollständigen Sieg, in den Kirchspielen St. Martini und U. L. Frauen aber behielten die Kaufleute die Oberhand. Liberal nannten sich fast alle in den beiden letzten Kirchspielen Gewählten zwar auch. „Aber — schrieb der „Courier" einsichtig — wer ist heutzutage nicht liberal? Der große Unterschied besteht in „Liberalen vor

dem 8. März und Liberalen nach dem 8. März". Arbeiter waren nur in ganz geringer Zahl gewählt worden.

VII.

Am 19. April fand die Eröffnungssitzung der neuen Bürgerschaft statt. Senat voran, begab man sich von der Börse aus in feierlichem Zuge zur Domkirche, wo Dr. Knippenberg den Erschienenen mit dem Bibelwort Eph. 4, 1 bis 3 ins Herz redete: „Mit aller Demuth, Sanftmuth und Geduld vertraget einer den Andern in der Liebe und seid fleißig zu halten die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens." Und dann gings zur ersten Sitzung ins Rathhaus, die mit der Vorlesung von fünf Anträgen des Senats begann. Die Anträge betrafen die Niedersetzung einer Verfassungsdeputation, Festsetzung eines Wahlgesetzes zur Wahl eines Abgeordneten für das deutsche Parlament, den Kostenbeitrag für den inzwischen ausgebrochenen deutsch-dänischen Krieg, die Wiederbesetzung eines durch den Tod eines Senators entstandenen Senatspostens und die Niedersetzung einer Deputation zur Berathung von Maßnahmen, wie brodlose Arbeiter von Staatswegen etwa durch öffentliche Arbeiten unterstützt werden könnten.

Die soziale Frage hatte sich nämlich in den Märztagen plötzlich in nachdrücklichster Weise zu äußern begonnen. Es drehte sich vor Allem um die Zigarrenarbeiter. Die politischen Vorgänge in Deutschland hatten die Aufträge ins Stocken gebracht, der deutsch-dänische Krieg war ausgebrochen, die Blockade der Weser durch dänische Kriegsschiffe rückte drohend in den Bereich der Möglichkeit. Die Arbeitslosigkeit wuchs. Die Unruhen, die am 13. und 14. März in der Stadt sich bemerkbar machten, hingen vermuthlich damit zusammen. Am Buntenthor, am Neustadtswall und auf der Brautstraße kam es zu Aufläufen und Zusammenstößen mit bürgerlichen Sicherheitspatrouillen („Knüppelgarde" genannt, wegen des Stockes, mit dem sie bewaffnet waren), bei welcher Gelegenheit diese in der Infanteriekaserne anfragten, ob die Herren Soldaten auch etwa beunruhigt würden. Das nimmt sich höchst komisch aus, wird aber vielleicht erklärt, wenn man daran erinnert, daß die Arbeiter auf das Militär erbost waren, da dieses von Bürgern zu Arbeiten herangezogen wurde. Gegen Ende März war der größte Theil der Zigarrenarbeiter bereits ohne Arbeit und fortwährend wurden weitere aus den Fabriken entlassen. Man schlug vor, das Militär (600 Mann) durch Bürger zu ersetzen und die dadurch freigewordenen 78 000 Thaler Kosten für die Arbeiter zu verwenden. Es wurde ferner

verlangt, die fremden Zigarrenarbeiter zu entlassen, damit zunächst die bremischen einen Broderwerb fänden. Einer Deputation von Wickelmacherinnen, die sich zum Stadthause begab, wurde der Rath ertheilt, sie möchten dienen. Sie gaben zur Antwort, die fremden Mädchen schnappten ihnen den Dienst weg, und baten, diese zu entfernen. Darauf wurde ihnen die Zusage ertheilt, in dieser Hinsicht solle „nach Kräften" — man weiß, was das heißt! — für sie gesorgt werden. Am 24. und 25. März Abends wuchs die Unruhe wieder bedenklich an. Herr Waltjen, einer von den Bürgervereinsführern, griff beschwichtigend ein. Der Groll der Arbeiter richtete sich gegen einzelne Fabrikanten ganz besonders, so gegen einen, der im Oldenburgischen zu einem Spottpreise Zigarren fabriziren und diese per Frachtwagen nach Bremen kommen ließ, um sie von hier aus zu verkaufen. Daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft trotz der Noth nicht für ein Butterbrod verkaufen wollten, ärgerte die Bürger sehr. „Sollte man es glauben, schrieb der „Courier", daß es jetzt noch Arbeiter geben könnte, denen der Fabrikant nur 1 Thaler pro Tausend geben will und die, damit nicht zufrieden, weggehen und — kegeln?" Man verwies die Arbeiter auf den Beistand der reichen Mitbürger. „Ist die jetzige Krisis nur erst vorüber, so wird alles zehnmal besser wie vorher, da in ganz Deutschland dann auf der Straße geraucht wird," — was ja auch eine der Märzerrungenschaften war. Albertus Meyer ergriff die Gelegenheit, eine schon 1839 publizistisch empfohlene Vermögenssteuer wieder in Erinnerung zu bringen. „Wenn dem gefahrdrohenden Zustand der arbeitenden Klassen gründlich begegnet werden soll, so muß überall jene reiche Finanzquelle geöffnet werden. Arbeit ist schon zu schaffen und bei uns um so leichter, da wir die nahe Gelegenheit haben, unsere Fabrikate Amerika und der ganzen neuen Welt auf Staatskosten zuzuführen." Er schlug 1/6 pZt. jährlicher Vermögenssteuer (120 000 Reichsthaler) vor und die Vertheilung der Abgaben nach dem Vermögen nannte er „nicht allein die gerechteste, sondern auch die ergiebigste Finanzquelle", eine Ansicht, die ihm wohl mit das Loos einbrachte, vom „Bürgerfreund" spöttisch der Sympathie zu den Theilern, den Kommunisten, gezehen zu werden. Aber derartige Vorschläge konnten ja im Augenblicke nichts nützen, da sie im Handumdrehen nicht realisirbar waren, und daß auch jene genannten Vertröstungen auf Wohlthätigkeit und bessere Zeiten nicht darnach angethan sein würden, die Arbeiter zu beruhigen, das sahen die Bürger ein, die im Uebrigen wahrscheinlich durch die drohende Stimmung unter den Arbeitern sich zu einer ganz ansehnlichen Zeichnung einer Subskription für die bisherigen Ordnungsdienste der Bürger-

wehr getrieben fühlten, und so kam dann am 19. April der Senat mit seinem erwähnten Nothstands-Antrage. Derselbe hieß im Wortlaut:

Beschäftigung von Arbeitern.

„Der nachtheilige Einfluß, welchen die Zeitumstände für den Erwerb, namentlich der arbeitenden Klassen aller Orten herbeigeführt haben, beginnt auch bei uns auf eine Weise sich zu äußern, die es zur Pflicht machen dürfte, rechtzeitig darauf Bedacht zu nehmen, ob und wie es ausführbar sei, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und Sicherheit von Staatswegen eine Abhilfe oder doch eine Milderung jenes betrübenden Zustandes zu schaffen.

„Zwar hofft der Senat, daß es bald den Anstrengungen aller Freunde des Vaterlandes gelingen möge, Ruhe und Vertrauen wieder herzustellen, und daß damit jede Besorgniß schwinden werde; allein dennoch glaubt er, daß nicht gesäumt werden dürfe, für alle Fälle thunlichst vorzusehen und empfiehlt er deshalb die unverzügliche Vornahme einer gemeinschaftlichen Berathung des angeregten Gegenstandes angelegentlich, indem er der Namhaftmachung der aus der Mitte der Bürgerschaft des Ends zu Erwählenden entgegen sieht.

„Sollte übrigens die Bürgerschaft dafür halten, daß zur Beschäftigung brodloser Arbeiter sofort mit einigen öffentlichen Arbeiten, wie z. B. mit den von der Convoye-Deputation beabsichtigten Strombauten zu beginnen und dazu die erforderlichen Fonds zu bewilligen seien; so würde der Senat seinerseits einem desfallsigen Antrage gern entgegen kommen."

Die Bürgerschaft nahm alle Anträge des Senats mit Ausnahme des betr. die Verfassungsreform, der zurückgestellt wurde, an, also auch den Antrag über die Arbeiterfrage. Dieser wurde als „dringend nothwendig" bezeichnet. Einer der reichen Kaufherren opponirte gegen diesen Ausdruck, aber er wurde unter dem lebhaften Beifall der Versammlung abgefertigt, und der „Courier", der damals besser Bescheid wußte als heute, wies auf des Kaufherrn reichbesetzte Tafel und strotzende Geldsäcke hin und zitirte den Vers:

Wer warm im Schooß des Glückes sitzt,
Kennt nicht des armen Bruders Leiden.

Wer heute solche Worte braucht, der wird bekanntlich „Hetzer", „Aufreizer" und „Schürer des Klassenhasses" genannt.

Aber über die Annahme des Antrages, über diese Bezeugung des guten Willens ging man nur zögernd und tastend hinaus. Was man leistete, reichte nicht hin, um die Noth in ihrem ganzen Umfange zu tilgen. Der Staat gab wohl hunderten von Arbeitslosen durch Erd- und Stromarbeiten Beschäftigung, aber diese schwere, ungewohnte Arbeit konnte von vielen Zigarrenarbeitern nicht geleistet werden. Und so

mußte denn schließlich die Wohlthätigkeit heran: ein Arbeiterhilfsverein, zu dessen Gründern auch Rösing gehörte, sammelte und vertheilte Gelder und eine Anzahl spekulativer Kapitalisten schaffte ein großes Kapital herbei und ließ eine Unmasse Zigarren auf Lager arbeiten. Es wird vermeldet, daß dadurch viele Fabrikanten vom Ruin gerettet worden seien. Zu welchen Löhnen die Zigarrenarbeiter, die allerdings zu hunderten einen geregelten Erwerb wiederfanden, in Diensten dieses Kapitals arbeiteten, ist uns leider nicht bekannt und ebenso wenig konnten wir in Erfahrung bringen, mit wieviel Prozent sich die Kapitalisten ihr Kapitalrisiko verzinsen ließen. Sie werden aber schon ihren Schnitt gemacht haben.

Bei Berathung des Antrages auf Einsetzung der Verfassungsdeputation zeigte sich zuerst der große Fehler, den die Loyalität der Wischmann und Genossen am 8. März begangen. Am 26. April berieth die Bürgerschaft über die prinzipielle Frage, welchen Antheil der Senat bei der Berathung und Entwerfung der Verfassung haben solle. Es wurde vorgeschlagen, keine Senatsmitglieder zur Deputation zuzulassen, der Verfassungsausschuß solle lediglich aus der Mitte der Bürgerschaft ernannt werden.

Dieser Antrag brachte den ersten Zusammenstoß. Die Senatspartei lehnte sich heftig gegen diesen Antrag auf. Es wurde erklärt, derselbe stehe im Widerspruch zu dem Konventsbeschluß vom 14. März, demzufolge Senat und Bürgerschaft eine Verfassung geben sollten. Man könne doch nicht verlangen, daß der mit der Bürgerschaft gleichberechtigte Senat eine Verfassung beschwören und aufrecht erhalten solle, die er nicht mit genehmigt habe. Ein Antrag Donandt's wies einer Abordnung des Senats in der Verfassungskommission das Mitentscheidungsrecht zu. Auch Wischmann ergriff das Wort. Er erklärte, „seine Seele sei wie von einem Blitzstrahl getroffen," wies die Berufung der Konservativen auf den Rechtsboden als Sprache der Reaktion zurück und erklärte sich dann — für den etwas abgemilderten Antrag Donandt, „um den Frieden und das gegenseitige Vertrauen zu erhalten." Ja, solche Politiker dürften der Senatspartei gepaßt haben.

Der Antrag Donandt wurde am 3. Mai mit 240 gegen die Stimme Kotzebergs angenommen. Ungefähr 25 Mitglieder der Linken entfernten sich vor der Abstimmung.

Die Parteienbildung hatte in dieser Debatte mächtige Fortschritte gemacht und diese sollten sich in den Kämpfen um die Gestaltung der Verfassung später zeigen.

Soviel aber war durch diese Tage klar gelegt: die Wischmann'sche Loyalität dem Senat gegenüber am 8. März, die Vertrauenstaktik der Bürger, hatte der Reform vom ersten Augenblicke an ein Bein gestellt. Das Anknüpfen-

wollen an die bestehenden Körperschaften hatte sich bitter gerächt. Der Senat und die Partei der ehedem Privilegirten fühlten wieder festen Boden unter den Füßen. Sie konnten sich im Weiterkampfe sogar auf die Abmachungen der erregten Tage der Bewegung berufen.

In Dingen der Politik rächt sich jede Halbheit, jede Unentschiedenheit, jedes Nachgeben, jede Vertrauensseligkeit aufs bitterste. Steht der Kampf auf des Messers Schneide, so soll es kein Kompromisseln geben, so soll die Macht des Augenblicks bis zum letzten Machtatom ausgenutzt werden.

Die Halbheit des 8. März bereitete die Halbheit der Verfassungsreform vor, die am 8. März 1849 zwar ein Wahlrecht zeitigte, das immer noch der unter den Lehren der Tageskämpfe tüchtig erstarkenden, von Dulon und Röfing geleiteten Demokratie eine auch erlangte parlamentarische Machtstellung ermöglichte. Aber der Senat blieb oben, und das allgemeine Zurückfluthen der revolutionären Bewegung in Deutschland, das Wiedereinsetzen der Bundesverfassung erleichterten schließlich auch ihm die Ergreifung des Mittels, die alte Herrschaft der Privilegirten in neuer, vorsichtig verschleierter, aber thatsächlicher Form wiederherzustellen. Das Mittel aber war der Staatsstreich vom 29. März 1852.

Der Staatsstreich ist kein Eigenthum feudaler Regierungen. Bremen lehrt, daß auch Regierungen, die bürgerlich sind und sich liberal nennen, skrupellos zu staatsstreicheln wissen.

Wenn der kapitalistische Profit sagt: „Der Staatsstreich ist für mich zweckmäßig," dann kommt der Staatsstreich ungenirt und trotz aller liberalen Phrasen.

Die Rücksicht auf den Kapitalprofit ist das oberste Gesetz der Bourgeoisie.

Buchhandlung der Bremer Bürger-Zeitung.

Wir empfehlen:

Internationale Bibliothek.

Band	I. Serie.	M.
1.	Aveling, die Darwinsche Theorie. Gebunden	2,—
2.	Kautsky, Marx' ökonomische Lehren. Gebunden	2,—
3.	Köhler, Weltschöpfung und Weltuntergang. Gebunden	3,50
4.	Die ländliche Arbeiterfrage. 2. erweiterte Auflage. Geb.	2,—
5.	Kautsky, Thomas Moore. Vergriffen.	
6.	Bebel, Charles Fourier. Gebunden	2,50
7.	Schippel, Das moderne Elend. Vergriffen.	
8.	Stern, Die Philosophie Spinoza's, Gebunden	1,50
9.	Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Gebunden	2,50
10.	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune. 2. Auflage Illustrirte Ausgabe. Gebunden	3,50
11.	Engels, Ursprung der Familie. 6. Auflage Gebunden	1,50
12.	Marx, Das Elend der Philosophie. Gebunden	2,—
13.	Kautsky, Das Erfurter Programm. Gebunden	2,—
14.	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Gebunden	2,50
15.	Stepniak, Der russische Bauer. Gebunden	2,—
16.	Dr. Simon, Gesundheitspflege des Weibes. Gebunden	2,50
17.	Dr. Mehring, Die Lessing-Legende. Gebunden	3,50
18.	Dr. Lux, Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus. Gebunden	2,—
19.	Lütgenau, Natürliche und soziale Religion. Gebunden	2,—
20.	Plechanow, N. G. Tschernischewsky. Gebunden	3,—
21.	Engels, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. 3. Auflage. Gebunden	3,—
22.	Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Gebunden	2,—
23.	Hugo, die englische Gewerkvereins-Bewegung. Gebunden	2,—
24.	Marx, Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland. Gebunden	2,—
25.	Peters, Der Glaube an die Menschheit. Gebunden	2,50
26.	Dr. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. Gebunden	5,20

Band	II. (illustrirte) Serie.	M.
1.	Blos, Die französische Revolution. Prachtband	5,50
2.	Bommeli, Die Geschichte der Erde. Prachtband	5,90
3.	Blos, Zimmermann's Großer deutscher Bauernkrieg. Prachtband	6,70
4.	Langkavel, Der Mensch und seine Rassen. Prachtband	5,50
5.	Blos, Die deutsche Revolution. Prachtband	5,70
6.	Bommeli, Die Pflanzenwelt. Prachtband	5,50
7.	„ Die Thierwelt. Prachtband	7,10
8.	Héritier, Die französische Revolution von 1848. Im Erscheinen.	

Die Bände der II. Serie, sowie Band 3, 9, 10, 25 und 26 der I. Serie sind auch in Heften à 20 ₰ zu beziehen.

Sämmtliche Werke sind auch durch unsere Spediteure zu beziehen.

Bremer Bürger-Zeitung.

Organ für die Interessen des Volkes.

Mit der Sonntagsbeilage: „Die neue Welt“.

Die Wichtigkeit, die hohe Bedeutung der Presse springt jetzt, wo die Reaktion einen neuen Vorstoß versucht, aufs Deutlichste ins Auge. Die klassenbewußte Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie ist's vornehmlich, die getroffen werden soll, und je mehr an dem allgemeinen Wahlrecht gerüttelt wird, um so größer wird für sie der Werth der Parteipresse.

Wichtiger als je ist es zur Zeit, das Volk aufzuklären und politisch zu bilden, die Gleichgiltigen zu Staatsbürgern zu machen, die erkennen, welche Pflichten der Staat ihnen gegenüber hat, welche Rechte sie von ihm verlangen müssen. Das einzige bremische Blatt, das diese politische Erziehung als Aufgabe betrachtet, ist die

„Bremer Bürger-Zeitung“.

Die „**Bremer Bürger-Zeitung**“ erscheint täglich Morgens, mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Festtagen.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich frei in's Haus **2,50** ℳ, monatlich **85** ₰, wöchentlich **20** ₰, bei allen Postanstalten vierteljährlich **2,90** ℳ. (Eingetragen in die Postzeitungsliste für 1898 unter Nr. 1271.)

Abonnements nehmen entgegen für Bremen: unsere Expedition, Hankenstr. 21/22, **Joh. Voigt**, Gröplingerdeich 49, **Anton Schweida**, Kantstr. 75 e, **H. Kreikemeyer**, Linienstr. 26; Hastedt: **Joh. Hentrich**, Chaussee 154; Woltmershausen 279: **Heinrich Schöttner**; Vegesack: **C. Schmidt**, Hafenstr. 56; Achim: **Ph. Hülsberger**, Obernstr.; Verden: **Friedrich Güntherroth**, Große Fischerstr. 24.

Redaktion und Expedition der „Bremer Bürger-Zeitung.

Buchhandlung der „Bremer Bürger-Zeitung“.

Auswahl sämmtlicher Schriften.

Umfangreiche Kataloge über sozialistische Litteratur gratis.

Gleichzeitig empfehlen wir unsere

Kunst- und Buchdruckerei.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. Filiale Bremen.

A 82